

Dr. A. v. Knapoldt (Frankfurt a. M.), Generalsekretär des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, werden über den Entwurf berichten und es soll zu dem Ganzen wie zu den einzelnen Teilen des Entwurfs Stellung genommen werden.

Die Erbauung eines Tropenheilungsheims in Tübingen ist schon seit längerer Zeit ein Bedürfnis. Die aus den Tropen krank Zurückgekehrten sollen in einem auf freier, sonniger Höhenlage zu errichtenden Hause durch ein im Tropendienst ausgebildetes Personal sachverständig versorgt werden. Durch eine in Preußen gesammelte Kräftekollektive und eine Ausweitung aus der Nationalspende zum Kaiserjubiläum ist der Grundbesitz vorhanden. Man rechnet nun damit, daß die noch fehlenden 100 000 M. durch Liebesgaben bald zusammenkommen, um noch vor Ende 1914 den zunächst für 30 Betten berechneten Bau schubdenfrei zu vollenden. Als zweiter Direktor neben Dr. Opp ist mit Beginn dieses Jahres der Herausgeber der Zeitschrift „Die ärztliche Mission“, Dr. Feldmann, eingetreten.

Eine Veränderung in der Berliner nationalliberalen Tageszeitung „Der Deutsche Arbeiter“, die erst am 1. September vorigen Jahres gegründet wurde, ist jetzt eingetreten. Wie an der Spitze des Blattes mitgeteilt wird, hat der bisherige Leiter Viktor v. Reissner aus Gesundheitsrücksichten die Chefredaktion niedergelegt. In seine Stelle hat der bisherige innenpolitische Redakteur Hans Schrad vertretungsweise die Leitung übernommen.

Stapellauf eines neuen Schulschiffes des deutschen Schiffsbauvereins. Der für den 14. Januar in Aussicht genommene Stapellauf des dritten, mit Hilfsmotoren ausgerüsteten Schulschiffes „Großherzog Friedrich August“ findet in Westermünde auf der Werft von Joh. C. Tecklenborg Akt.-Gesellschaft statt, die auch das erste Schulschiff „Großherzogin Elisabeth“ erbaut hat. 400 geladene Gäste fahren in einem von der Tecklenborg-Werft gestellten Extrazug von Bremen nach Westermünde direkt nach der Werft, wo, anschließend an den Stapellauf, eine Besichtigung der ausgedehnten Anlagen vorgenommen wird. Besonders Interesse dürften die in der Maschinenfabrik fertig montierten Motoren haben.

Der Zentralverein für deutsche Binnen-Schiffahrt hält am 21. Januar in Berlin eine Sitzung seines Großen Ausschusses ab. Auf der Tagesordnung steht: Ernennung von korrespondierenden Mitgliedern; Kanal Leipzig-Torgau-Berlin (Berichterstatter: Erster Bürgermeister Dr. Felian-Glensburg); wichtige Fragen des Schiffsverkehrs (Dr. Schlein-Berlin-Friedenau).

Parlamentarisches.

Die Fraktionsstärken im preussischen Abgeordnetenhaus. Nach den festgestellten Ergebnissen weisen die Fraktionen im preussischen Abgeordnetenhaus folgende Stärken auf: Konserbative: 148 (darunter 2 Hospitanten; Heind (1. Kasse) und Ballbaum (2. Runden), Wirtschaftliche Vereinigung); Freisinnige: 54 (darunter 1 Hospitant; Frhr. v. Schöningh-Retz (B. Dppeln); Nationalliberale: 71 (darunter als Hospitanten v. Schubert (3. Trier); Zentrum: 103; Christlich-sozialistische Partei: 40; Polen: 12; Sozialdemokraten: 10; Fraktionslos: 8 (Dr. Gatzert und die Damen Klappenberg-Skrumhölzer und Riffen).

Der nationalliberale Wahlrechtsantrag, der im Abgeordnetenhaus wieder eingebracht ist, befaßt im Wortlaut: Die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus — unter Beibehaltung des Systems eines abgestuften, pluri-funktionalen Auswüchse vermeidenden Wahlrechts und unter Befreiung der Bestimmungen des Gesetzes vom 29. Juni 1893, die den Grundbesitz der Bemessung des Wahlrechts nach der Steuerleistung im Gemeindegeld verlegen — die geheime Stimmabgabe und die direkte Wahl einführt. (Gleitslautend mit dem Wahlrechtsantrag in der Session 1912/13.)

Ein Entwurf über die Zuständigkeit der Gerichtsschreiber im Abgeordnetenhaus. Ein Entwurf über die Zuständigkeit der Gerichtsschreiber der Amtsgerichte für die öffentliche Beglaubigung einer Unterschrift in dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen. Er bestimmt, daß in Zukunft auch die Gerichtsschreiber der Amtsgerichte eine Unterschrift öffentlich beglaubigen dürfen. Bisher konnte dies nur der Amtsrichter und der Notar. Maßgebend für diese Maßnahme ist der Umstand, daß der Gerichtsschreiber leichter zugänglich ist als ein Richter, weil er an Dienststunden gebunden ist. Man nimmt an, daß eine sorgfältige Prüfung der Identität und der Geschäftsfähigkeit auch durch die Gerichtsschreiber möglich sein wird.

Heer und Flotte.

Personal-Veränderungen. Fürst Heinrich XXVII. Reich jüngerer Linie, Du. d. L., Regent des Fürstentums Reuß älterer Linie, bisher 2. l. s. des 2. Reg.-Bats. Nr. 19 zum Chef dieses Detachements ernannt.

Schiffsbewegungen. Eingetroffen: S. M. S. „Lüneburg“ am 8. Januar in Antel Libanon (Wolf von Kalkfornien), S. M. S. „Geier“ am 10. Januar in Port Said, S. M. S. „Sanga“ am 11. Januar in Swacua, S. M. S. „Leipzig“ am 11. Januar in Koozang (Jüel Timor), S. M. Torpedoboot „S. 99“ am 10. Januar in Wibu.

Post und Eisenbahn.

Verkehrserleichterung auf der Eisenbahn. Wie der preussische Eisenbahnminister in einem längeren Erlaß an die Direktionen u. a. mittelt, lassen die Einnahmen aus dem Güterverkehr der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur entsprechend, seit einigen Monaten sehr zu wünschen übrig. Vorwiegend wird der Güterverkehr weiter zurückgehen, und es wird nötig, die Zahl der Güterzüge und ihre Ausnutzung dem nachlassenden Verkehr anzupassen, damit die Ausgaben aufs Notwendigste beschränkt werden. Hand in Hand damit soll, wenn möglich, eine Verminderung des Personalpersonals gehen. Neueinstellung von Arbeitskräften darf nur nach erfolgen, wenn sie als Ersatz für abgehende dienen. Für jede anderweitige Einstellung von Personal behält sich der Minister in jedem einzelnen Fall die Entscheidung vor.

Deutsche Schutzgebiete.

Die Frage der Fleischversorgung Deutschlands aus Südwestafrika. In einem Artikel im neunten Heft des „Tropenfanagers“ untersucht Dr. J. Neumann (Hamburg) die Frage, inwieweit die Reichsstadt Deutsch-Südwestafrikas zur Fleischversorgung Deutschlands beitragen kann. Im ersten Teile der Arbeit wird erzählt, wie groß die Produktion von Kalbsfleisch im Schutzgebiet ist, was hiervon das Schutzgebiet selbst braucht und was für den Export verfügbar ist. Dr. Neumann kommt zu dem Schlusse, daß das in Deutsch-Südwestafrika erzeugte Kalbsfleisch heute noch zum weit über-

wiegenden Teil im Lande selbst verbraucht wird. Bei der für die nächsten Jahre in Aussicht stehenden Steigerung des Fleischkonsums werde auch dann die für die Ausfuhr verfügbare Menge nicht sehr groß sein, jedenfalls nicht so groß, daß eine etwaige Beteiligung an der Fleischversorgung Deutschlands eine ins Gewicht fallende Rolle spielen könnte.

Eine Missionsausstellung. Noch im Laufe dieses Monats wird im Reichstagsgebäude eine Missionsausstellung, vornehmlich für Reichstagsabgeordnete, stattfinden. Sie will das Interesse für die deutschen Missionen in unseren Kolonien und in der Südsee wecken. Die Vorbereitungen zu ihr liegen in den Händen berufener Sachverständiger. Hauptächlich gelangt Material aus dem deutschen Missionsjahrbuch unserer Kolonien zur Ausstellung. Die evangelische und katholische Kirche beteiligen sich gemeinsam an der Ausstellung.

Ausland.

Frankreich.

Abbe Lemire zur Egomunikationsdrohung. Paris, 12. Januar. Der Deputierte Abbe Lemire hielt in Hazebrouck vor 800 Wählern eine Rede, in der er gegen die ihm angebotene Egomunikations festliche Einspruch erhob und unter anderem erklärte, er habe den Altar nicht verlassen, sondern sei von seinem Bischof vom Altar weggerissen worden. Er wolle alle Opfer bringen, um seinem Lande, seinen republikanischen Ideen und seiner Pflicht treu zu bleiben. Die Wähler riefen: „Wir wollen alle egomuniziert werden“ und brachten stürmische Hochrufe auf Lemire aus.

England.

Jubiläum einer deutschen Zeitung. Am 3. Januar beging der „Londoner General-Anzeiger“ zur großen Freude und Genugung der Deutschen in England den Tag seines 25-jährigen Bestehens. Aus den kleinsten Anfängen heraus hat das heute im Vereinigten Königreich weit verbreitete Blatt durch zielbewußten Ausbau seinen Ruf von Jahr zu Jahr steigern können. Der „Londoner General-Anzeiger“ hat sich besonders durch Förderung des deutschen Vereinslebens in Englands Hauptstadt Verdienste erworben.

Schweden.

„Der Flügelmann des großen germanischen Stammes!“ Stockholm, 12. Januar. Einer der Leiter der Oppositionspartei Schwedens, Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Kiellin, kritisierte gestern in politischer Rede in Karlskrona, wo Staatsminister Staaf kürzlich über Schwedens Heeresform sprach, die Regierungspolitik seines Landes. Auf die auswärtige Politik eingehend, äußerte er: „Zu denen, die da meinen, Schwedens Rolle sei, Vermittler zwischen Germanen und Slawen zu sein, sage ich: Wir sind Germanen, sind Teilhaber der zwei höchsten Kulturgenossenschaften der Menschheit, der germanischen Gesellschaft und der evangelisch-lutherischen Kirche. Das wollen wir durchaus bleiben. Schweden ist auf den Ehrenposten des Krieges als Flügelmann des großen germanischen Stammes gestellt gegen eine niedrigere Kulturwelt. Niemals werde es in der Geschichte heißen, daß Schweden seine Pflicht verlehrt hat.“

Albanien.

Ein erster Kampf mit Ejjad-Bajah-Anhängern. Valona, 12. Januar. Zwischen Gendarmerieabteilungen der provisorischen Regierung und den bei Elbasan konzentrierten Anhängern Ejjad-Bajahs, welche Elbasan bedrohen, kam es nach einem Schermützel in den letzten Tagen heute zu dem ersten Kampf bei Godolesch unweit Elbasan. Die Aufständischen wurden geschlagen und zurückgeworfen. Von Elbasan ist jede Gefahr abgewandt.

Türkei

Truppensammensetzungen an der kaukasischen Grenze. Konstantinopel, 12. Januar. Die Truppensammensetzungen an der kaukasischen Grenze werden fieberhaft vorbereitet. Im Laufe der letzten Woche sind wieder 30 000 Mann Truppen, 12 große Geschütze und beträchtliche Munitionsmengen nach der Grenze entsandt worden. Die hiesige Patronenfabrik hat den Auftrag erhalten, eine Million Patronen täglich anzufertigen. Im Gouvernement Erivan werden die Kurden an der russischen Grenze bewaffnet.

Afrika.

Die Kämpfe der Spanier in Marokko. Madrid, 12. Januar. Nach hier vorliegenden Meldungen hat heute früh in der Nähe von Mogote ein Gefecht zwischen Spaniern und den ausländischen Rifftayben begonnen. Der Kampf dauert gegenwärtig noch fort. Die Spanier haben bereits fünf Tote und eine ganze Anzahl Verwundete zu beklagen. — In Tetuan läuft wieder einmal das Gerücht, daß Kaiser Suli von seinen eigenen Anhängern ermordet worden sein soll, jedoch war eine Bestätigung dieses Gerüchtes bisher nicht zu erlangen.

Asien.

Umfassende Maßnahmen der persischen Regierung. — Abberufung des russischen Detachements. Petersburg, 12. Januar. Die persische Regierung hat in dem Bestreben, die Ruhe im Lande, namentlich in Teheran, wiederherzustellen, jüngst eine Reihe Maßnahmen getroffen, z. B. die Entlassung der irregulären Truppen, der sogenannten Fidaids, die Vermehrung der persischen Kavallerie bis zur Stärke von 3000 Mann, die Organisation einer Polizeiwache in Teheran und die Verabschiedung der Bostjarenmills. Mit Rücksicht darauf hielt es die russische Regierung für angezeigt, aus Kaswin den größten Teil ihres Detachements zurückzuberufen, das dorthin entsandt wurde, als Grund vorlag, erste Anzeichen in Teheran zu befürchten, die die Sicherheit der russischen Interessen und übrigen Ausländer zu gefährden drohte. Es wurde daher der Befehl gegeben, daß das Detachement aus Kaswin zurückzugehen sei mit Ausnahme von vier Kavallerieeinheiten und je einer Eskadron in den Städten Rejst und Lennerud.

Nordamerika.

Die Unterbringung der übergetretenen mexikanischen Bundesstruppen. R. Washington, 12. Jan. Der Kriegsstaatssekretär hat Befehl gegeben, die gesamten mexikanischen Truppen, die über die Grenze getreten und bei Presidio entwaffnet worden sind, nach dem Fort Smith in Arkansas zu bringen, wo sie bis auf weiteres interniert werden sollen. Die Frauen und Kinder haben die Erlaubnis erhalten, die Männer zu begleiten.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Der Neubau der Kgl. Gymnasien.

Zu dieser gewiß wichtigen Frage wird uns neuerdings geschrieben:

Endlich hat sich die Stadtverwaltung veranlaßt gefunden, den Schleiern zu lästigen, der seither über der Neubaufrage ausgebreitet war. Es ist aber auch aus den Ausführungen des Vertreters des Magistrats ganz klar geworden, daß die Angelegenheit seitens der Stadt nicht nur keine Förderung, sondern eine Verzögerung erfahren hat. Klipp und klar waren die Abmachungen zwischen den in Frage kommenden Behörden getroffen. Der Magistrat brauchte nur die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung herbeizuführen, und die Sache war endlich gemacht. Diese Zustimmung wäre un schwer zu erlangen gewesen, wenn anders man von der Stadtverordneten-Versammlung den rechten Sinn für das Gemeinwohl erworben darf und wenn der Magistrat seinen Standpunkt festgehalten und die gefundene Lösung der Aufgabe als die unter den gegebenen Verhältnissen relativ beste vertreten hätte.

Statt dessen machte er sich die Bedenken einiger Anlieger, die er leicht hätte zerstreuen können, zu eigen, deren Beschwören er selbst als übertrieben bezeichnet hat, er unterbrach den Gang der Verhandlungen, die eben zu einem kaum noch zu erhoffenden, alle Teile befriedigenden Resultat geführt hatten, und schob damit die ganze so bedeutungsvolle Frage wieder auf den Stand zurück, auf dem sie schon so lange geblieben hatte, auf den Standpunkt der Erwägungen. Eine Antwort der Stadtregierung ist auf das Schreiben des Magistrats nicht erfolgt! Das aber besagt genug.

Wundern muß man sich nur, daß keiner der Stadtverordneten zu dem vorgelesenen Schreiben des Magistrats an die Stadtregierung das Wort ergriffen hat. Wie konnte darin ein Zweifel an der Haltung der Stadtverordneten ausgesprochen werden, ehe die überhaupt vom Magistrat vor eine Entscheidung gestellt worden waren? Reicht das nicht ohne Grund die Verantwortung für das Scheitern des Projekts von sich ab- und der Stadtverordneten-Versammlung zuschreiben? Und wie konnte darin die Frage des Bauplatzes mit der Frage der Übernahme des alten Gymnasialgebäudes verbunden werden? Bei dem letzteren steht doch die erste Frage so: Ist das Gebäude den geforderten Preis wert; die zweite: hat die Stadt ein unmittelbares Interesse an der Übernahme; die dritte endlich, im Fall der Verneinung der zweiten: soll die Stadt die Übernahme als ein gewisses Opfer im Interesse der endgültigen Lösung der Baufrage auf sich nehmen? Diese Sache aber mit der Wahl des Bauplatzes zu verquiden, kann wiederum nur bedeuten, die Stadtverordneten-Versammlung als Sündenbock für die mangelnde Entscheidungsfähigkeit des Magistrats hinzustellen.

Und wenn schließlich ein Ausschuss gewählt ist zur weiteren Behandlung der Sache, so fragt man sich vergeblich, was dieser Ausschuss eigentlich soll, da es sich doch nicht um einen städtischen Bau, sondern um einen staatlichen handelt. Auf ein anderes Geleise konnte die Sache wohl nicht leicht geschoben werden. „Ein jeder geht froh nach Haus und denkt, der Ausschuss bringt's schon raus“. Der Magistrat hat sich hinter die Stadtverordneten-Versammlung gestellt, die Stadtverordneten-Versammlung hat die Sache auf den Ausschuss abgelenkt, der Ausschuss aber ist gar nicht imstande, mit der Staatsregierung Verhandlungen zu pflegen. Also, was wird werden? — Sollen in Wiesbaden immer wieder große Fragen des öffentlichen Wohls durch den Einfluß unverantwortlicher dritter gerührt werden?

Ausstellung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Das Interesse der Bevölkerung an der Ausstellung ist andauernd ein außerordentlich großes. Am Donnerstag der letzten Woche und am vergangenen Sonntag konnte man direkt von einem Sturm auf die Ausstellung reden, so daß wegen Überfüllung des Rathausfestsaals die Türen geschlossen werden mußten und die Zutritt Begehrenden nur gruppenweise eingelassen werden konnten. Am letzten Donnerstag — dem ersten Frauentag — wurden über 800, am letzten Sonntag über 1500 Besucher gezählt. So erfreulich eine so hohe Besucherzahl ja an und für sich ist, so schließt sie doch, sowohl für die Besucher als auch für die Ausstellungsleitung, alle Nachteile einer Überfüllung in sich. Im Interesse aller Besucher liegt es daher, ihren Besuch so einzurichten, daß keine Überfüllung stattfindet. J. B. können Frauen — wovon ja auch viel Gebrauch gemacht wird — an allen Tagen zu den bekannten Zeiten die Ausstellung besuchen; der Donnerstagnachmittag von 4 Uhr an ist nur deshalb für Frauen freigehalten, um ganz besonders empfindlichen und ängstlichen Naturen entgegenzukommen. Unbedingt nötig ist ein solcher Frauentag nach der Art der Ausstellung eigentlich nicht, und nicht in allen Städten, die die Ausstellung bis jetzt besucht hat, war diese Einrichtung getroffen. Weiterhin sollten an Sonntagen doch nur diejenigen Personen die Ausstellung besuchen, die an den Werktagen durchaus keine Zeit hierfür erübrigen können. Durch Offenhaltung der Ausstellung bis 9 Uhr abends an den Werktagen ist aber reichlich Gelegenheit zum Besuch gegeben. — Besonders erfreulich ist auch das Interesse, das die Militärbehörden der Veranstaltung gegenüber zeigen. So besuchten vor einigen Tagen unter Führung eines Sanitätsoffiziers die zum Kurzgebrauch in der Wilhelmshafen-Kasernen befindlichen Unteroffiziere und Mannschaften die Ausstellung. Am Samstag fand der Besuch der 2. Kompanie des in Mainz-Kastel garnisonierenden Pionierbataillons Nr. 25 statt, der am Dienstag die 1. Kompanie folgen wird. Der Besuch durch die Truppen der Garnison Wiesbaden ist im Ausschluß genommen; die Zeiten hierfür sind jedoch noch nicht festgesetzt.

Die Firma Karbon in Paris. In unserer Nr. 591 vom vorigen Jahr, wie auch in einer anderen, haben wir eine Information zum Abdruck gebracht, welche unter Hinweis auf amtliche Grundlagen und einen Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vor einer Firma E. Karbon in Paris warnte, der die schwindelhafteste Begründung von Kommissionslagern zur Last gelegt wurde. Demgegenüber wird uns von einem Rechtsvertreter dieser Firma Behauptungen zur Prüfung vorgelegt, darunter auch mehrere Urteile deutscher Landgerichte, in welchem die Ansprüche der Firma Karbon aus den angeblichen Schwindelgeschäften als berechtigt anerkannt, die Angaben über die vorgebliche Täuschung aber als haltlos und beweislos gekennzeichnet werden. Jedenfalls ist aus den Korrespondenzen des angeblich hier in Wiesbaden erfolgten Schwindelsfalls zu ersehen, daß der Gegenkontrahent selbst den Wunsch einer Aufhebung des

von ihm abgeschlossenen Vertrags nicht durch den Vorwurf einer Täuschung begründet hat, und daß der Verlauf des Vertrags seinen Fortgang über den Inhalt kaum gibt; es spricht auch zugunsten des französischen Hauses, daß in den gesamten Papieren nirgends eine Bemängelung der von ihm gelieferten Waren erhoben ist. — Allerdings steht demgegenüber eine vom 2. Nov. v. J. datierte Äußerung des Kaiserlich deutschen Generalkonsulats in Paris folgenden Inhalts: „Gegen die fragliche Firma (also Karbon), bezw. ihre Reisenden sind zurzeit bei der Staatsanwaltschaft in Freiburg, Karlsruhe, Meiningen und Weimar Strafverfahren wegen Vertrags unähnlich. Es handelt sich hierbei, so viel mir bekannt, um ähnliche Fälle wie der dortseits zur Anzeige gebrachte. Da Karbon Franzose ist, haben die bezeichneten Staatsanwaltschaften gleichzeitig auf diplomatischem Wege die Übernahme der Strafverfolgung durch die zuständigen französischen Behörden beantragt. Eine Antwort der französischen Regierung ist darauf noch nicht erfolgt. Wegen Weiterem stelle ich ergebenst anheim, sich an die Staatsanwaltschaften in Freiburg, Karlsruhe, Meiningen, Weimar und Wiesbaden zu wenden.“ Hiernach wird mit einem Endurteil zunächst das Ergebnis dieser gerichtlichen Angelegenheit abzuwarten sein.

Abgeschlossene Untersuchung. In der Strafsache gegen den jungen Sed von Eisenbach ist die Untersuchung abgeschlossen und die Akten sind zur Erhebung der Anklage der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Testgenommen wurde in Würzburg der Geschäftsfreund Konrad Senkel von hier, welcher seit längerer Zeit schon wegen fortgesetzter Betrugsereien von Wiesbaden aus hiedortlich verfolgt wird.

Immobilien-Versteigerungen. Vom Amtsgericht wurde vorgestern nachträglich der Zuschlag erteilt für ein Vorgebot von 28 000 M., welches bei Übernahme von 32 000 M. Hypothekenslasten gelegentlich der gerichtlichen Versteigerung des Hauses Koonstraße 17 am 5. d. M. eingelegt worden war. Dagegen wurde der Zuschlag dem Höchstgebot bei der Versteigerung des Hauses Wilschstraße 22 bisher verweigert.

Konkursverfahren. Über den Nachlaß der zu Dohheim verstorbenen Witwe Henriette Klee, geb. Schmidt, wurde am 12. Januar 1913 das Konkursverfahren eröffnet. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Wolff hieselbst ernannt. Forderungen sind bis zum 10. Februar beim Amtsgericht Wiesbaden anzumelden. Die erste Gläubigerversammlung ist auf den 7. Februar, vormittags 11 Uhr, und der Prüfungstermin auf den 28. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, anberaumt worden. — Im Jahre 1912 wurden beim Amtsgericht Wiesbaden 37 Konkursverfahren eröffnet, in 1913 dagegen nur 18.

Preussisch-Sächsische Klassenlotterie. In der heutigen Nachmittagsziehung fielen 10 000 M. auf die Nr. 95 673; 3000 M. auf die Nr. 44 418. (Ohne Gewähr.)

Kleine Notizen. In der Stenographie-Schule Stalze-Schrenk wird Mittwoch, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerbeschulsaal, Zimmer 14, ein Fortbildungsfest eröffnet. — Die „Wälschitz“, die bekannte Wiesbadener humoristische Zeitschrift, soll aus der diesjährigen Weihnachtszeit wieder erscheinen, und zwar am Anfang Februar und Weihnachtsfesten.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Vorträge. Zugunsten des Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins, der in Japan und China arbeitet, und in der Heimat wesentlich von den freier gestimmten Kreisen des Protestantismus getragen wird, hielten schon im vorigen Jahr die Pastoren Sieber und Bedeman zwei Vorträge über die Religionen in Japan und China. In diesem Jahr wollen sie über Land und Leute in den beiden Ländern sprechen, und zwar Pastor Bedemann am Montag, abends 8 1/2 Uhr, über Land und Leute in Japan, und Pastor Sieber Montag, den 20. Januar, über Land und Leute in China. Die Vorträge finden im kleinen Saal der Lutherkirche statt. Sie werden durch besonders zusammengestellte Lichtbilder aus Japan und China erläutert.

Der Verein Frauenbildung — Frauenstudium veranstaltet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, Orientstraße 15, 1. einen Vereinsnachmittag. Die Vorsitzende Frau Dr. Heben wird über „Reinlichkeit der Vereinsstätigkeit“ sprechen.

Am Auftag des „Männlichen Vereins“ hält Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Dr. med. Mühlstädt (Leipzig) im Saal der Turngesellschaft einen Vortrag über das Thema: „Aus dem Wunderland der Dolomiten“ mit Lichtbildern. Dr. med. Mühlstädt ist in Wiesbaden nicht unbekannt und hieselbst besonders in der Vorführung seiner Lichtbilder ganz Setzverwandenes.

Im Auftrage des Deutschen Monistenbundes, Ortsgruppe Mainz-Wiesbaden, spricht nächsten Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Saalbau der Turngesellschaft Dr. med. Ragner aus München über „Die Wunderwirkungen von Lourdes“. Dr. Ragner wird seine Ausführungen während eines mehrtägigen Aufenthaltes in Lourdes schildern.

Die nächste wissenschaftliche Abendunterhaltung des „Kassauischen Vereins für Naturkunde“ findet Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Zirkuslokal statt. Dr. M. Presenius wird einen Vortrag halten über „Eine neue anatomische wichtige Dampfscheinung“. Gäste sind willkommen.

Musik- und Vortragsabende.

Am ersten wissenschaftlichen Abendunterhaltung des „Kassauischen Vereins für Naturkunde“ am 8. d. M. hielt zunächst Dr. W. Bergmann einen sich weitgehend auf eigene Forschungen gründenden Vortrag über die Bildung bei einigen Meeresschnecken. Dann sprach Dr. E. Grünhut über die Untersuchung von Mineralquellen. Er beschränkte zunächst die heutigen Anforderungen, welche man an die physikalisch-physiologische chemische und chemische Untersuchung der Mineralquellen stellt und gab interessante Ausführungen auch über die pharmakologische Bewertung der Mineralquellen auf Grund der wissenschaftlichen Untersuchungen. Zum Schluss führte er einen von Dr. M. Presenius und ihm verbesserten Apparat zur raschen Bestimmung der Kohlensäure im Mineralwasser vor. Beiden Vortragenden dankte der Vorsitzende im Namen der Zubörerhaft. Besonders lebhaften Beifall fanden die Ausführungen Dr. Grünhuts über Mineralquellenuntersuchungen. (Ohne Gewähr.)

Letzten Freitagabend zeigte bei dem Volksvortrag schon die Aufmerksamkeit der zahlreichen Zuhörerhaft, daß nach besonders die Jugend ihre Rechnung zu finden sollte, und in der Tat waren die „Samedischen Märchen“, die Bildbauer Räder erstellte nach Inhalt und Form durchaus geeignet, die bekannte Aufmerksamkeit abzuwecken. Denn die beiden schönen Abbildungen von dem wackeren Anaben, der sein vom Offizier gezeichnetes Schwesterchen unter Bestimmung unglücklicher Schwerezeiten und Gefahren endlich wieder nach Hause zurückbringt, und dann von dem armen Anaben, dem es durch böses Anhalten gegen allerhand Sout und Geister gelang, den Tod mit dem Schwert der Zwergen zu entreißen, waren so recht geeignet. Klantasse und Gemüt gleichermaßen zu bewegen. So erntete denn auch Herr Räder für seine durch Lichtbilder auf unterstützten Darbietungen reichen Beifall. (Ohne Gewähr.)

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

o. Biedrich, 13. Januar. Heute vormittag fand in Gegenwart der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters in

der Sache des wegen verurteilten Gattenmordes in Untersuchungshaft sitzenden Tagelöhners Schieker eine Ortsbesichtigung mit gleichzeitiger Feststellung des Wasserstandes statt. Die Anklage soll so gefördert werden, daß sie möglichst noch in der gegenwärtigen Schwurgerichtssitzung erledigt werden kann.

z. Bierstadt, 12. Januar. Die Privatkranken-Lasse hielt im Gasthause „Zur Krone“ eine sehr gut besuchte Generalversammlung ab. Zum 1. Vorsitzenden ist Adolf Groß, zum 2. Ludwig Wink, zum Kassierer Ludwig Stern gewählt. Außerdem gehören 6 weitere Mitglieder dem Vorstande an. Die Versammlung wählte zwei Krankenbesucher und drei Rechnungsprüfer. Das Schiedsrichtergremium übernahm August Mertens, Heinrich Rans, Karl Vogel, Fritz Voss, Wilhelm Braun und Heinrich Weber. Kassier wurde unter beiden hiesigen Ärzten sowie Zahnarzt Mouroua und Dentist Darowski, beide zu Wiesbaden. Der Kasse gebören 110 Mitglieder an. Es ist in Aussicht genommen, falls sich Bedürfnis hierfür zeigt, die Kasse auf die Orte des hiesigen Kreises: Koppelnheim, Jockel und Kuringen auszuweiten. — Die heutige Gala-Versteigerung im hiesigen Gemeindefeld erzielte ziemlich hohe Preise. Brägelholz (Buchen) kam auf 28 bis 32 M. per Maßer, während Scheitholz mit 28 bis 32 M. bezahlt wurde. Es waren viele Kauflustige aus benachbarten Gemeinden erschienen. — Eine wohlgelungene Weihnachtsfeier veranstaltete am letzten Abend der katholische Männerverein im Saale „Zum Bären“. Der Saal vermachte die Besucher nicht alle zu lassen. Zu Anfang hielt Pfarrer Urban eine herzliche, mit größtem Beifall aufgenommene Ansprache und eine fähige Schülerin trug zwei Gedichte mit besonderem Geschick vor. Der Männergesangsverein „Prohlin“ und ein Doppelquartett des Gesangsvereins „Eintracht“ verherrlichten durch Vorträge den Abend. Die Weihnachtsfeier „Heimatsunden“ und „Des fremden Kindes heißer Blick“ waren von rührender Wirkung und die beiden Schwänke: „Ein Aprilscherz“ und „So ein Efel“ — oder zwei Naturheilschwinder“ ließen die Zuhörer nicht aus dem Saale herauskommen. Die Rollen waren aufs Beste verteilt und alle Darbietungen erzielten lebhaften Beifall. Tombola und Tanz beschloßen die schöne Feier.

w. c. Eichenheim, 12. Januar. Vor dem hiesigen Amtsgericht in Wiesbaden fand heute Montagvormittag Termin an zur Versteigerung des Wohnhauses mit Hofraum und zwei Vierställen, Frankfurter Straße 92 dahier. Die Lage des Ortsgebietes beträgt 42 000 M., diejenige der Steuerbehörde 41 840 M. Das Höchstgebot mit 1586,64 M. legten ein: die Eheleute Landwirt Wilhelm Giechermann und Ehefrau Margarete geb. Becker dahier. Es bleiben Hypotheken von insgesamt 51 000 M. bestehen. Die Zuschlagserteilung erfolgte im Termin.

Kassauische Nachrichten.

Winger-Nachstandsversammlung.

m. Lorch a. Rh., 12. Januar. In der gestrigen dritten Nachstandsversammlung für den unteren Rheingau, in der Vorträge über den „Nachstand im Rheingau“ und über „Handelspolitik und Weinbau“ gehalten wurden, führte Bürgermeister Dr. Winger von hier aus, daß die durch die Nebhaus dem Weinbau entzogene Bodenfläche den zehnten Teil der Gesamterzeugung ausmache. Davon sei ein Teil zwar bereits der Bebauung freigegeben, doch fehle es den Wingern an den zu diesen Arbeiten erforderlichen Mitteln. Ganz entschieden sprach er sich gegen eine obligatorische Nebshäuslingsbelämpfung aus, die leicht die gleichen Inzuchtgefahren bringen würde, wie sie bei der Nebshäusbelämpfung zutage getreten seien. An den Magistrat und an die Stadtverordneten-Versammlung von Lorch sei man bereits mit dem Ansuchen herantreten, ein Ortsstatut für die Belämpfung des Neb- und Sauerwurms zu erlassen, beide Körperlichkeiten hätten dies aber einstimmig abgelehnt. Die Winger müßten es sich gründlich überlegen, bevor sie eine solche Forderung stellen. Wenn die Regierung der Gemeinde Lorch helfen wolle, so müsse sie vor allem für eine Verminderung des Schwarzwidens sorgen. Der durch das Schwarzwid im Jahre 1912 angerichtete Schaden habe rund 6700 M. betragen, während die Gemeinde an Jagdpacht nur 3000 M. erhalte. Es sei für die Gemeinde unmöglich, das Schwarzwid mit eigenen Mitteln zu bewältigen, und müßten daher Polizeijagden abgehalten werden. Zum Schluss wurde eine Entschließung angenommen, ähnlich wie in Elmville, in der die Winger Geld zur Ausführung der Nebshäuslingsbelämpfung forderten.

hr. Neuenhain i. T., 12. Januar. Zum größten Leidwesen aller Abfahrgesellschaften beschäftigt sich die Mitteilung von der Aufhebung der Asyl- und Einbürgerung. Nach wie vor wird für das Heftalter 1 M. erhoben.

Griesheim, 12. Januar. Rektor Karl Kred von der hiesigen Mädchenschule tritt demnächst in den Ruhestand. — Die durch den Tod des Lehrers Schilja erledigte Organistenstelle an der evangelischen Kirche ist dem Lehrer Jakob Dahl übertragen worden. — Die Gemeinde hat zwei Wirtschaftshäuser für Schulzwecke gemietet, da die geplante fünfte Schule noch nicht zur Ausführung kommen konnte.

ht. Weiskirchen i. T., 12. Januar. Der 70jährige Feldbater Adam Martin zog sich durch einen unglücklichen Sturz schwere Verletzungen zu, die seinen Tod nach kurzer Zeit herbeiführten.

l. Limburg, 13. Januar. Weigordener Kaufmann Joseph Schmidt ist gestern an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben, den er vor einiger Zeit erlitt. Mit ihm ist einer der angesehensten Bürger Limburs, dem das Vertrauen seiner Mitbürger viele Ehrenämter übertragen hat, aus dem Leben geschieden.

ht. Verborn, 12. Januar. In der Grube „Rosland“ stürzte der hiesige Bergmann Theis aus Offenbach von einem Gerüst ab, wobei er sehr schwere innere Verletzungen und Fraktur erlitt.

Gerichtssaal.

Wiesbadener Schwurgericht.

wo. Fälschung einer öffentlichen Urkunde. Vor dem Schwurgericht wird heute wider die Ehefrau des Härbers Julius Müller und seine Tochter Auguste M. wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde und Betrugs verhandelt. Die den Angeklagten zum Vorwurf gemachten Straftaten entfallen in den Februar und März vorigen Jahres. Der Geschädigte ist ein Kaufmann in Meran. Drei Zeugen und als Sachverständiger der Gerichtsschreiber Dr. Popp aus Frankfurt sind vorgeladen. Die Ehefrau M. ist im Jahre 1855 in Oberursel, ihre Tochter 1893 in Gamburg geboren. Die Leute betrieben neben einer Kärherei einen Laden, in welchem Manufakturwaren, insbesondere vom Ranne gefärbte Stoffe, feilgehalten werden. Das Geschäft ging im ganzen nicht schlecht, im Vorjahre aber hürnten, angeblich infolge eines in Umlauf gesehten ungünstigen Gerüchtes über ihre Vermögensverhältnisse, plötzlich die Gläubiger auf sie ein und verlangten Befriedigung. Darunter war auch der Kaufmann Peheld aus Meran. Dieser hatte

eine Forderung in Höhe von 98 M. 15 Pf. erwirkt auch in dieser Höhe einen vollstreckbaren Titel, und es wurde zum Zwecke der Beitreibung dieses Betrages ein Stück Kiesel gepündelt, für welches auf den 18. April Versteigerungstermin angesetzt war. Den Leuten war es natürlich darum zu tun, der Zwangsversteigerung aus dem Wege zu gehen, und sie sollen allerlei Manipulationen zu diesem Zwecke vorgenommen haben. U. a. wird ihnen Schuld gegeben, verschiedene Depeschen gefälscht zu haben. Deshalb werden sie demnächst vor der Strafkammer zur Verantwortung gezogen. Am Tage vor der Versteigerung ferner sandten die Leute einen Betrag von 5 M. per Postanweisung an Peheld ab. Auf dem Einlieferungsschein aber wurde nachträglich aus der „5“ eine „50“ gemacht, dieser Schein dem Gerichtsvollzieher vorgelegt und dadurch die Aufhebung des Versteigerungstermins erwirkt. Einer ähnlichen Tat sollen die beiden Angeklagten sich einige Zeit vorher, im Januar des vorigen Jahres, schuldig gemacht haben. Damals schuldeten sie 73 M. an denselben Kaufmann Peheld. Auch für diesen Betrag war gepündelt, ein Versteigerungstermin angesetzt, und auch damals soll die Versteigerung verhindert worden sein durch die Fälschung einer Postanweisung. Aus einer „6“ war darin eine „60“ gemacht. Das Hauptbelastungsmaterial gegen sich hat Müller selbst geliefert, indem er zur Begleichung der Rechnung 54 M. noch nachträglich einschickte. Die Angeklagten stellen die ihnen vorgeworfenen Straftaten in Abrede. Die angeklagte Ehefrau M. wurde wegen Gebrauchs einer öffentlichen gefälschten Urkunde unter Zustimmung mildernder Umstände zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, während bezüglich des Mädchens ein Freispruch erging.

Giftmordprozeß Hopf.

S. u. H. Frankfurt a. M., 12. Januar.

Die Vernehmung des Angeklagten wird fortgesetzt.

Vorsitzender: Weshalb kamen Sie aber erst so spät damit heraus, daß Sie Ihrer Mutter Arsen für Stoffwechself gegeben haben? — **Angeklagter:** Wegen der Aufregung infolge der Verhaftung.

Nach einer kurzen Pause wird der Fall des

Nordversuch an der dritten Frau.

Wally, geb. Sivier, besprochen. Er hatte die Frau auf Grund einer Heiratsannonce kennen gelernt und am 9. April 1912 geheiratet. Er versicherte sie sehr hoch, mit 80 000 M. Kauf, seiner Frau sagte er nur, es handle sich um 40 000 M. Die jährliche Prämie betrug 4170 M. Der Vertrauensarzt fand beide Eheleute am 30. Mai 1912 völlig gesund. In den Anträgen auf Versicherung sagte Hopf fälschlich, er lebe in zweiter Ehe, verschwiegen auch, daß er bezüglich der beiden früheren Frauen bei anderen Gesellschaften einen gleichartigen Versicherungsvertrag abgeschlossen. Bei den Versicherungsverhandlungen war Frau Hopf nicht zugezogen, die Unterschrift für den Antrag besorgte er sich von seiner Frau gelegentlich bei Tisch, er hielt ihre gleich den Küßfederhalter hin. Hopf legte seiner Frau bald darauf den Revers vor, nach dem sie mit der Versicherungsbrennung einverstanden sein sollte. Sie tat dies nicht, auch dann nicht, als Hopf wahrheitswidrig sagte, in seiner Familie sei die Einäscherung üblich. Die Ehe war anfangs glücklich, Hopf gab seiner Frau ausreichend Geld und erfüllte ihr jeden Wunsch. Im Juli 1912 verreise Frau Hopf einige Tage zu Bekannten, bei der Rückkehr bemerkte sie aus verschobenen Spuren, daß ihr Mann Frauenzimmer bei sich gehabt habe. Bei einer Abwesenheit durchsuchte sie die Korrespondenzen ihres Mannes und fand nicht nur Briefe von anderen Frauenpersonen, sondern entdeckte auch, daß ihr Mann nicht nur Witwen, sondern auch von einer zweiten Frau geschieden war. Als sie ihrem Mann Vorwürfe machte, gab er alles zu und bat um Verzeihung. Frau Hopf beschloß, um ihre Aufregung zu verbergen, einige Augenblicke das Zimmer. Man war gerade beim Frühstück. Als sie wieder zurückkam und den Tee weiter trank, wurde ihr plötzlich übel, der Mund stellte sich schief, die Finger waren steif und bläulicher. Hopf gab ihr Cognac, weigerte sich aber, den Arzt holen zu lassen. Damals hatte Frau Hopf schon Verdacht, Hopf hätte Gift in den Tee getan, sagte ihm das auch ins Gesicht. Er sagte, sie habe sich wahrscheinlich selbst Gift aus den Gläsern gefüllt. Während Frau Hopf bisher stets gesund gewesen war, begann sie jetzt zu kränkeln, die Krankheit nahm bis zur Trennung ständig zu. Am Sonntag, den 18. Februar 1913 trank das Ehepaar mittags eine halbe Flasche Sekt. Frau Hopf fiel auf,

daß ihr Sekt parfümiert schmeckte

und roch, gab ihrem Mann auch davon zu trinken, der auch einen kleinen Schluß nahm. Gleich nach Tisch legte sich Hopf auf die Chaiselongue, weil ihm schlecht sei, und öffnete die Weste. Frau Hopf sah, daß er in der Tasche ein kleines Fläschchen mit einem Rest wasserheller Flüssigkeit hatte. Auf dem Stopfen des Fläschchens war mit Tinte ein „A“ geschrieben. Frau Hopf roch daran, es war derselbe Geruch, den vorher der Sekt gehabt hatte. Hopf sagte, es sei Bromkali. Am selben Tage erkrankte Frau Hopf wieder schwer und machte bis zum 21. Februar das Bett hüten. Sie hatte heftiges Erbrechen und Kopfschmerzen, so daß der Arzt geholt werden mußte. Am 16. März kam Frau Hopf auf Veranlassung ihres Arztes Dr. Krämer ins Diakonissenhaus, wo sie 8 Tage in ständiger Lebensgefahr schwebte und sich allmählich erhob. Bis zu seiner Verhaftung besuchte Hopf seine Frau regelmäßig im Krankenhaus. Er drängte bald darauf, sie möhle nach Hause kommen und einen anderen Arzt wie Dr. Krämer nehmen. Er hob auch die Möglichkeit von Mordfällen hervor.

Der Angeklagte erklärt hierzu, er habe seiner Frau zu Versuchszwecken Arsen, Digitalis, Typhus- und Cholera-bakterien gegeben.

Er habe solche Versuche auch an sich selbst gemacht. Es sei möglich, daß er die Absicht gehabt habe, seine Frau beiseite zu bringen, als er nach ihrer Rückkehr von Schwangerschaft die Streitigkeiten mit ihr gehabt. Es sei auch möglich, daß er dabei an die Verführungsgestaltung gedacht habe. Jedenfalls sei er damals so deprimiert gewesen, daß er nicht gewußt hätte, was er tat. — **Vorsitzender:** Sie haben nach Ihrer Verhaftung dem Kriminalinspektor v. Salomon gegenüber eingeräumt, daß Sie Ihrer Frau Gift beigebracht hätten, um sie zu ermorden. Ja, Sie erklärten, Sie hätten Ihre Frau nur zu dem Zweck geheiratet, um sie hoch zu verheiraten und dann zu verhaften, damit Sie sich in den Besitz der Versicherungssumme setzen könnten. — **Angeklagter:** Das war so niedergedrückt durch die plötzliche Verhaftung, daß ich noch viel mehr zugegeben hätte, wenn man es verlangt hätte. — **Vorsitzender:** Sie hielten die Aussage aber am nächsten Tage vor dem Un-

terfuchungsrichter kühl aufrecht. — Angeklagter: Das mag schon sein. — Vorsitzender: Sie haben mehrfach von einer Berliner Fabrik Bakterien- und Bazillenkulturen, so einmal Spektrofotometer, so lassen Sie sich? — Angeklagter: Nur zu wissenschaftlichen Zwecken. — Vorsitzender: Sie benutzten zu den Bestimmungen Briefbogen mit aufgedruckter Firma: „Bakteriologisches Institut Karl Hopf“. — Angeklagter: Jawohl. — Vorsitzender: Weshalb wollten Sie denn immer ganz frische Kulturen haben? — Angeklagter: Weil nicht frische für wissenschaftliche Versuche nicht so gut zu gebrauchen sind. — Vorsitzender: Also, ich telepathiere noch einmal: Ihr Vater hatte viel Offenbacher Wasser getrunken, und daher stammt der Arsengehalt in der Leiche, die Leiche des unehelichen Kindes Karl Richter haben Sie mit Arsen behandelt, ebenso die Leiche Ihrer Tochter Elsa, Ihre erste Frau gebrauchte Arsen als Schönheitsmittel, die zweite hat zwei Arsenkuren durchgemacht, die dritte hat zu Versuchszwecken von Ihnen Arsen erhalten und Ihre Mutter besaß Arsen für ihren Hund, und hat davon auf Ihren Rat zur Beförderung des Stoffwechsels eingenommen.

Ist es denn möglich, Angeklagter, daß in einer Familie so viele Arsenfälle auf natürliche Weise vorkommen?

Der Angeklagte schweigt.

Nach längeren Erörterungen über Einzelheiten wird die Öffentlichkeit für den Rest der Sitzung ausgeschlossen. In der nichtöffentlichen Sitzung wird der Bericht des Angeklagten mit verschiedenen Frauenzimmern und besonders seine perverbe geschlechtliche Reizung besprochen. Hopf ist einer der allergeringsten Sadisten und Masochisten. Bei der Hausdurchsuchung wurden außer einer ganzen Bibliothek masochistischer und sadistischer Bücher zahlreiche Photographien gefunden, auf denen er mit verschiedenen Frauenzimmern in meist masochistischen Situationen abgebildet ist. Hopf gibt dies auch zu und will diesen Verkehr in England kennen gelernt und bis in die letzte Zeit hinein betrieben haben. In seiner Wohnung fand sich auch ein ganzes Arsenal von zweckdienlichen Instrumenten, wie Kutten, Peitschen, Dreiter zum Schlagen usw.

Die Sitzung wird darauf auf morgen früh 9 Uhr vertagt.

S. u. H. Frankfurt a. M., 13. Januar. (Zweiter Verhandlungstag.)

Heute begannen die Zeugenvernehmungen. Zuerst wird das Sexualleben des Angeklagten unter Ausschluß der Öffentlichkeit besprochen und einige Prostituierte werden vernommen. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wird Kriminalinspektor v. Salomon vernommen, der die Verhaftung Hopfs und dessen erste Vernehmungen leitete. Damals habe der Angeklagte nach anfänglichem Leugnen zugestanden, daß er seiner Frau am 20. Februar Arsen in einem Glas Selt gereicht habe. Hopf habe sogar gesagt, daß er die Heirat eingegangen sei, weil er schon vorher den Plan hatte, die Frau hoch zu verheiraten und dann zu vergiften. Das habe Hopf dann aber sofort widerrufen. Von welcher Bedeutung dieses Geständnis für Hopf sein könnte, habe der Angeklagte wohl gewußt, denn er habe sich nach der Höhe der Strafe erkundigt. — Vorsitzender: Angeklagter Hopf, ist das alles richtig? — Angeklagter: Mir ist in der Aufregung alles so entfahren. — Vorsitzender (eindringlich): Nun, Angeklagter, wollen Sie denn nicht jetzt Ihre Aufregung fahren lassen und heute, wie damals, Ihr Gewissen erleichtern? — Angeklagter: Ich bin natürlich auch jetzt noch aufgeregt. — Vorsitzender: Sie haben doch zugestanden, daß Sie Ihrer Frau Arsen gegeben haben? — Angeklagter: Ja, aber nicht wegen der Verheirathungsumme. — Vorsitzender: Aus welchem Grund denn sonst? — Angeklagter: Das kann ich so ohne weiteres nicht sagen. Es lagen unglückliche Verhältnisse vor. — Vorsitzender: Wann der Angeklagte nicht in einer momentanen Erregung das Geständnis abgelegt haben? — Zeuge Kriminalinspektor v. Salomon: Nein, ausgeschlossen, das Gegenteil ist sogar der Fall. Als ich dem Angeklagten das Schulprotokoll vorlas, hatte sich ein Krampf eingeschlossen. Ich hatte geschrieben, der Angeklagte hätte gleich nach der Hochzeit den Entschluß gefaßt, seine Frau zu töten. Der Angeklagte, der alles sehr genau verfolgte, unterbrach mich und sagte, das sei nicht richtig, er habe diesen Entschluß schon vor der Hochzeit gefaßt. Ich verheißerte also diesen Krampf. — Vorsitzender: Nun, Hopf? — Angeklagter: Ich muß das Geständnis dahin berichtigen, daß ich zwar die Absicht hatte, meine Frau zu töten, aber nicht schon vor der Hochzeit. — Vorsitzender: Das würde an der Beurteilung des Falles nichts ändern. (Fortziehung folgt.)

Sport und Spiel.

Pferderennen.

* Nizza, 12. Januar. Prix de la Méditerranée, 4000 Fr. 1. V. Bell-Picards Valeria (Barthelemy), 2. Paris, 3. Grand Marin, 40:10; 26, 19:10. — Prix Massena, 5000 Fr. 1. James Pennesses Le Mont St. Michel (Carter), 2. Onclé Lou, 3. Siba 2, 21:10; 15, 22:10. — Prix des Roses, 5000 Fr. 1. V. Bell-Picards Sarbacanne 2 (Powers), 2. Apollo, 3. Vendarme, 20:10; 36, 18:10. — Prix des Deux Golfes, 4000 Fr. 1. T. Dugas Le Potafche (Ball), 2. Elegant Noire, 3. Prédébante, 40:10; 23, 27:10.

* Giesport. Das anhaltende Frostwetter der letzten Tage hat die verschiedenen Eisbahnen innerhalb der Stadt wieder in tadellos gebrauchsfähigen Zustand versetzt. Den Freunden des Eislaufs ist damit wieder Gelegenheit zur Ausübung des gesunden Sports gegeben. Auf der Südeisbahn an der Kaiserstraße findet, wie uns mitgeteilt wird, am Mittwochabend Militärkonzert statt.

* Das Winterfest des Oberharzer Eislaufclubs nahm in Glanthal-Zellerfeld seinen Anfang. Die Vorbedingungen waren bei 4 Grad Wärme nicht sehr günstig; eingeleitet wurden die Wettbewerbe durch einen Dauerlauf von 24 Kilometern, für den sich 9 Konkurrenten dem Starte stellten. Sieger blieb Dr. Duenkel (Hannover) mit 2 St. 34 Min. vor Rorig (Aladem, Stillau Hannover) mit 2:35; Dritter wurde der Student Lühmann (Aladem, Stillau Hannover) in 2:43.

wb. Paris, 13. Januar. Sechstagrennen: Heute morgen 10 Uhr nach der 12. Runde haben die Konkurrenten mit Deuyter-Wathur an der Spitze 426,875 Kilometer zurückgelegt. Am 10 Uhr erlitt Dupes einen Sturz, wurde jedoch nur unbedeutend verletzt.

Schnee, Hochwasser, Sturm.

Der Aufruf des Hochwasserkomitees, den wir bereits kurz erwähnten und hiermit weitergeben, hat folgenden Wortlaut: „Weite Gebiete unseres Vaterlandes sind durch Sturmfluten schwer betroffen. In dem größten Teile der Küstengebiete Preußens ist durch Bruch der Dünen, Deiche und sonstigen Schutzanlagen eine große Anzahl von Dörfern unter Wasser gesetzt worden. In Haus, Land und Vieh sind schwere Schädigungen verursacht worden. Hilfe, und zwar baldige und ausgiebige Hilfe tut dringend not, um viele unschuldig ins Unglück geratene Mitbürger vor Not und wirtschaftlichem Verfall zu bewahren. Neben der vom Staat und den beteiligten Kommunalverbänden zu erwartenden Hilfe ist ein kraftvolles Eingreifen der freien Liebeshätigkeit dringend erforderlich. Unser Volk, das schon bei so mancher Notlage seine Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit gezeigt hat, wird mit warmem Herzen und offener Hand auch für diese unsere notleidenden Brüder eintreten. Wir bitten demgemäß alle hilfsbereiten Frauen und Männer des Vaterlandes, überall Sammlungen zu veranstalten. Alle Spenden, auch die kleinsten, sind entweder durch Vermittlung der zu errichtenden Provinzialkomitees oder direkt nach Berlin abzuführen. Über die eingehenden Gaben wird demnächst öffentlich quittiert. Das Bureau des Komitees befindet sich in Berlin NW. 40, Alsenstraße 10. Die Zahlstellen werden noch bekannt gegeben. Der Protektor: Wilhelm Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen. Das Präsidium: von Dallwitz, Minister des Innern; v. Kröcher, Birkh. Geh. Rat; Hrhr. v. Spieberg, Kabinettsrat, Kammerherr vom Dienst der Kaiserin und Königin; Emil Selber, Kommerzienrat; Schneider, Geh. Oberregierungsrat und Vortragender Rat im Ministerium des Innern, Mitglied der Ständigen Kommission; v. Koch, Kommerzienrat, Direktor der Deutschen Bank, Schatzmeister.“

Die Hilfsaktion für die überschwemmten. wb. Berlin, 13. Januar. Die ersten 10 000 M. aus den bereitstehenden Mitteln des hiesigen Komitees für die durch Hochwasser betroffenen Hilfsbedürftigen wurden dem Regierungspräsidenten Drews in Köslin überwiesen.

Strenge Kälte in Spanien.

* Madrid, 13. Januar. Die Kälte, die in den letzten Tagen nachgelassen hatte, hat gestern mit erneuter Heftigkeit wieder eingesetzt. Sie hat unter der ärmeren Bevölkerung im Verein mit Hunger neue Todesopfer gefordert.

Neues aus aller Welt.

Ein sensationeller Konkurs der Dreier Schießbaumwollfabrik. Paris, 13. Januar. Das blühende Geschwulden des Direktors der Dreier Schießbaumwollfabrik, Gadiou, gestaltet sich zu einer sensationellen Affäre. Die Familie des Verschuldeten hat noch wie vor an der Besetzung eines unglückseligen Isthmus. Der ehemalige Bürgermeister des Ortes, an dem sich die Schießbaumwollfabrik befindet, Lehmann gab dagegen Journalisten gegenüber eine interessante Erklärung ab. Er gab seiner Vermutung Ausdruck, daß Gadiou infolge schlechten Geschäftsganges die Flucht ergriffen hätte. Der Bürgermeister erklärte weiter, daß er vor einigen Jahren von dem damaligen Kriegsminister Verlaug die Konzession zur Gründung einer Schießbaumwollfabrik erhielt. Der jedoch Gadiou aus dringenden ausforderte, deutsche Ingenieure zu engagieren, da diese auf dem Gebiet bedeutend bewandert seien als die französischen. Die Gesellschaft wurde infolgedessen zu zwei Dritteln mit deutschem Kapital gegründet und zwei deutsche Herren waren die Hauptaktionäre, und zwar die Herren Thierig aus Dühl und Falkmann aus Mannheim. Ein preussischer Referentoffizier namens Freiz wurde Direktor. Nach der Unglücksfälle auf den „Banzerschießen „Jena“ und „Liberte“ und dem Kuberverfall wurde jedoch der Herr Freiz zum Nachfolger Verlaug die Konzession entzogen, obwohl sie keinerlei Verletzung für die von den Katastrophen betroffenen Schiffe ausgeführt hätte. Die deutschen Teilhaber schieden daher aus der Gesellschaft aus und seit der Zeit ging das Geschäft so schlecht, daß der Direktor Gadiou unmittelbar vor dem Bankrott stand.

Eine Dynamitexplosion. Langendreer, 13. Januar. Heute mittags explodierte das Dynamitlager der Firma Grüner in Querenburg. Drei Personen wurden getötet. Die Ursache der Explosion ist unbekannt. Untersuchung ist eingeleitet.

Ein großes Schandener. Schwarach (Amt Mühl), 13. Januar. Heute morgen 5 Uhr brach in der Weiskastl „Zum Klosterhof“ Feuer aus, das das Gebäude und den anliegenden Gemeindefriedhof, in dem sich die Spritzen befinden, vollständig in Asche legte. Die Schule und das Gemeindegewand waren längere Zeit fast gefahrlos, doch gelang es schließlich das Feuer auf seinem Herd zu beschränken.

Aus unglücklicher Liebe. Aßaffenburg, 12. Jan. Erschossen aufgefunden wurde heute früh 9 Uhr auf einer Bank in der Parkanlage der lebige Peter Vincenz Roder und seine Geliebte Sabine Schirmer aus Großschheim. Ansehend hat Roder zuerst seine Geliebte und dann sich selbst erschossen. In einem hinterlassenen Briefe erklärte die Unglückliche, da sie sich nicht im Leben angehen könnten, hätten sie gemeinsam sterben wollen.

Ein Fall von schwarzen Pocken. Neu-Salza u. d. Oder, 13. Januar. Hier ist ein Fall von schwarzen Pocken vorgekommen. Es handelt sich um einen jungen Kaufmann, der sich diese Infektion auf einer Geschäftsreise in Russland zugezogen hat. Seitens der Behörde sind alle erforderlichen Vorkehrungen genommen getroffen worden. Der Erkrankte wurde nach der Isolierbaracke des Krankenhauses gebracht.

Ein Liebesdrama. Berlin, 13. Januar. Zwischen den Stationen Schönwald und Mühlentz bei Reinickendorf-Viebnalder Park wurden gestern abend von einem aus der Wäldchen Willi Roslak aus Schöneberg und das Dienstmädchen Ottilie Kunzla überfahren. Das Mädchen erlitt nur geringe Verletzungen, während Roslak inszwischen im Krankenhaus verstorben ist. Es liegt Selbstmordverdacht vor.

Ein Mord. Breslau, 12. Januar. In der Nähe des Parkhauses Orlinea im Kreise Strömm wurde ein 18-jähriges Mädchen ermordet aufgefunden. Es liegt zweifellos Mord vor. Nach begangener Tat ist das Mädchen an den Fundort geschleppt worden.

Zu schwere Arbeit. Rabrae, 13. Januar. Am dem Managel an Grubenarbeitern abzuhelfen, haben einige Bergarbeiter benachbarter Gruben sich bereitwillig angeboten, eine Anzahl Arbeitslose aus Wien kommen zu lassen, die auch eintrafen. Die Arbeiter lebten es aber ab, in die Gruben einzutreten, da ihnen die Arbeit zu schwer wäre.

Die Leiche im Reiterhof. Budapest, 13. Januar. Die 24 Jahre alte, in der Halbwelt unter dem Namen „Morganatella“ bekannte Emilie Turcsanyi, verfiel über viel Geld und wertvollen Schmuck. Die Polizei verhaftete als Räuber zwei Arbeiter sowie die Haushälterin der Ermordeten, welche gestand, daß sie die Leiche im Reiterhof überfallen und ertränkt hat. Die gestohlenen Schmuckgegenstände wurden vorgefunden. Nach einer weiteren Wohnung bei der unter dem Verdacht des Mordes stehende Stiefbruder eingestanden, der Mörder zu sein. Er gab weiter zu, daß er den Mord in Gemeinschaft mit der Wirtin ausübte.

Sturzwelle und Erdbeben in Bern. Bern, 13. Jan. Einem Telegramm aus Lima zufolge ist Callao durch eine Sturzwelle unter Wasser gesetzt worden. Nach Mitternacht wurde ein Erdbeben verspürt. Die Erdbeben dauerte 55 Sekunden. Verluste an Menschenleben sind nicht vorgekommen.

Deutscher Reichstag.

Petitionen.

Berlin, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Vor einem mögig belehten Hause, das nur mit halbem Ohr auf die Verhandlungen lauscht und im übrigen sich für ganz andere Dinge interessiert, nahm heute nach der Weihnachtspause der Reichstag seine Sitzungen wieder auf. Man beriet Petitionen, darunter einige von unzweifelhaftem Interesse. Gleich über die erste Petition, einer Eingabe der Nürnberger Handelskammer um Venerbung der Branntweinsteuergütung und für denjenigen Alkohol, der zum Polieren der Bleistifte verwendet wird, war man verschiedener Meinung. Man überwies schließlich die Petition zur Erwägung. Noch etwas lebhafter wurde der Kampf bei der Petition der deutschen Vereine für Frauenstimmrecht, die bekanntlich für das schöne Geschlecht das aktive und passive Wahlrecht zum Reichstag fordern. Als unbedingter Gegner des Frauenstimmrechts bekannte sich eigentlich nur „mutig und offen“, wie er selbst sagte, der auch sonst so streitbare konservative Dr. v. Graefe, und in der gleichen Weise, wenn auch ein gut Teil vorsichtiger, sprach der kleine dicke Dr. Arnd von der Reichspartei. Der Zentrumsredner Bell erklärte, daß seine Partei nicht für das Frauenstimmrecht, aber doch für eine gewisse Vollstufung der Frauen sei. Der Fortschrittler Dr. Haas, der sich persönlich als ein Freund der Stimmrechtsbewegung bekannte, mußte zugeben, daß bei seiner Partei zwar die theoretische Berechtigung der Frauenforderung allgemein anerkannt würde, ein Teil halte aber die Zeit noch nicht für gekommen. Hier und da tauchte in der Debatte sogar das Gespenst der englischen Suffragetten auf und ein Zentrumsmann wies sogar mit beiden Fingern auf dieses Gespenst hin. Man einigte sich schließlich auf den goldenen Mittelweg des Kommissionsantrags: Überweisung zur Kenntnisnahme.

Eine Petition deutscher Männervereine zur Bekämpfung der Unsitlichkeit, die eine gewisse Einschränkung der postlagernden Briefe verlangt, wurde zur Berücksichtigung überwiesen.

Über die Petition eines Hoteliers in Burg bei Magdeburg an der schiffbaren Nhe, der gegen die Verhängung des Militärboykotts über seine Lokale Klage führt, geht der Reichstag zur Tagesordnung über, nachdem der Vertreter des Kriegsministers betont hatte, für die Verhängung des Militärboykotts seien niemals politische oder wirtschaftliche Motive maßgebend, sondern immer nur die Forderungen der militärischen Disziplin.

Den Schluß der Sitzung bildete die Beratung über eine Petition, betreffend das Verbot des Wandergerwerbetriebs mit Geheimmitteln usw. Sie wurde der Regierung als Material überwiesen; auch morgen, stehen lediglich Petitionen auf der Tagesordnung.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

Berlin, 13. Januar.

Am Bundesratslich: Kommissare.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2,17 Uhr mit einigen Worten der Begrüßung und einem herzlichem Glückwunsch zum neuen Jahre.

Hr. Graf v. Mielzynski hat sein Mandat niedergelegt. Damit haben zwei Schreiben des Reichskanzlers, betreffend die Verhaftung dieses Abgeordneten, ihre Erledigung gefunden.

Auf der Tagesordnung stehen:

Petitionen.

Die Handelskammer Nürnberg bittet um Aufnahme der Bleistiftindustrie unter diejenigen Gewerbe, denen auf Grund des Gesetzes für den in ihren Betrieben verwendeten unvollständig vergällten Branntwein eine Steuererückerung von 20 M. pro Hektoliter Alkohol gewährt wird. Die Petitionskommission beantragt Überweisung zur Erwägung.

Hr. Rehbel (son.): Wir beantragen, die Petition der Regierung als Material zu überweisen. Einige Jahre der Ruhe sind auch hinsichtlich dieser Gesetzgebung notwendig.

Hr. Dr. Säbelum (Sog.): Es liegt kein Grund vor, die Bleistiftfabrikation anders zu behandeln als die im Gesetz vorgesehenen Industriezweige.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Kommissionsantrags.

Es folgt eine Petition, betreffend

Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen.

Die Kommission beantragt Überweisung zur Kenntnisnahme.

Hr. Dr. Cohn-Nordhausen (Sog.): Wir wünschen, daß diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen werde. Auf Grund unseres Parteiprogramms wollen wir sogar noch weitergehen als die Petition. Wir wollen allen männlichen und weiblichen Bürgern vom 20. Lebensjahr ab das unumschränkte Wahlrecht einräumen. Die erwerbsfähigen Frauen dürfen nicht vom politischen Leben ausgeschlossen werden.

Hr. Dr. Bell (Zentr.): Wir begrüßen es, daß die Frauen heute ein wesentlich größeres Interesse für die öffentlichen Vorgänge zeigen. Eine andere Frage ist es aber, ob es zweckmäßig ist, diese an sich gesunde Bewegung durch Verleihung des Stimmrechts zu stärken. So rüchändig ist Deutschland in dieser Hinsicht nicht, als es die Sozialdemokratie immer hinstellt. Durch gesetzgeberische und verfassungswidrige Gewaltakte darf man aber politische Rechte nicht herbeizuführen suchen. Heute schon einem Antrag auf Frauenstimmrecht zuzustimmen, ist einfach unmöglich. Was sich für die Männerwelt allmählich entwickelt hat, kann man nicht von heute auf morgen für die Frauen einführen.

Heute ist die Frage noch nicht druckreif.

Radikalen Strömungen treten wir entgegen, deshalb lehnen wir den sozialdemokratischen Antrag ab, gehen aber in Hinblick auf die vernünftigen Teile der Frauenbewegung nicht zur Tagesordnung über.

Hr. v. Graefe-Gütrows (son.): Auch wir wünschen und freuen uns, wenn unsere Frauen politisches Interesse zeigen

und Gelegenheit finden, sich über die verlogene Geste gewisser Presseorgane über Fleisch- und Wrotpucher ein selbständiges Urteil zu bilden. Die Erfahrungen in anderen Ländern ermutigen uns nicht, den Frauen das Stimmrecht zu verleißen. Wir stimmen offen und ehrlich dagegen und beantragen Übergang zur Tagesordnung.

Abg. Dr. Haas (Vpl.): Ein Teil meiner Freunde meint, daß

die Zeit für das Frauenstimmrecht noch nicht gekommen ist. Dieser Teil stimmt für den Kommissionsantrag, der andere für den sozialdemokratischen Antrag, ich selber trete dem Antrage der Kommission bei.

Abg. Dr. Arenst (Reichsp.): Die Umwälzung im politischen Leben wäre zu groß, als daß die bestehenden Zustände in dieser Hinsicht im Handumdrehen geändert werden könnten. Wir schließen uns dem Antrag auf Übergang zur Tagesordnung an.

Nach weiterer kurzer Debatte wird die Petition nach dem Kommissionsantrag der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Es folgt eine Petition des Verbandes der Männervereine zur Bekämpfung der öffentlichen Unästhetik in Köln auf Änderung der Postordnung über die Ausbändigung nicht voll adressierter postlagernder Sendungen nur gegen Vorzeigung einer Postausweislarie.

Abg. Marcorer (Zentr.): Die Reichspost darf sich nicht dazu hergeben, unästhetische Sendungen an Kinderjährige zu befördern.

Selbst das unsaubere Gewerbe des Mädchenhandels wird mit Hilfe der postlagernden Sendungen betrieben.

Folgen Sie unserem Antrag, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Tausende von Männern wissen Ihnen Dank dafür.

Es folgt eine Petition, betreffend Verhängung des Militärbuhs über ein Lokal in Burg bei Magdeburg. Da das Verbot inzwischen rückgängig gemacht worden ist, wird Übergang zur Tagesordnung beschloffen.

Aber die Petition wird Übergang zur Tagesordnung beschloffen.

Es folgt die Petition, betr. den Wandergewerbebetrieb. Der Kommissionsantrag auf Überweisung als Material wird angenommen.

Das Haus vertagt sich. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Petitionen. — Schluß 1/2 Uhr.

Eine sozialdemokratische Zubern-Interpellation im Reichstag. # Berlin, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Fraktion hat in später Abendstunde heute folgende Interpellation im Reichstag eingebracht:

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um Verfassung und Recht zu schützen gegen die gesetzwidrigen Übergriffe der Militärbehörden, wie sie in den beiden Urteilen im Fall Zubern offenbar geworden und in den beiden Häusern des preussischen Landtags unterstügt worden sind?

Die Interpellation ist an etliche Stelle unterzeichnet vom Abg. Dr. Franke, Mannheim, der sie auch begründet wird. Die weiteren Redner der Fraktion dazu sind Ledebour und Wolff. Seine.

Abgeordnetenhaus.

Der Kampf gegen die Konservativen. — Die erste Etatsberatung.

Berlin, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die angelegentlichste Stürmdebatte im preussischen Parlament warf heute ihre ersten Schatten voraus. Es kam nur zu einem bemerkenswerten Vorpostengefecht zwischen Regierung und Konservativen, nachdem Herr v. Bethmann eine ebenso schneidige wie erfolgreiche Debatte gegen die junkerlichen Frondeure ritt. Der konservative Winkler hatte geglaubt, den im Herrenhaus gesponnenen Faden wieder aufzunehmen und dem Kanzler noch einmal, nur mit weniger geschickten Worten als dort, die Mißbilligung auszusprechen zu müssen. Was Herr v. Bethmann erwiderte, war durchaus geschickt, überzeugend und würdig. Der Ministerpräsident hatte unzeitig heute einen guten Tag. Den vom Reichstag erhobenen Vorwurf, die Regierung habe es an dem nötigen Rückgrat fehlen lassen, parierte er durch einen historischen Rückblick auf die parlamentarischen Verhandlungen, die zur Einbringung der Deduktionsvorlage geführt haben. Besonders hübsch und besonders geschickt war die Stelle, wo Herr v. Bethmann seinen Freund Handbrand an das pathetische Wort erinnerte, daß er vor nicht allzu langer Zeit gesprochen: auch die Konservativen seien bereit, Gut und Blut für die Wehrkraft des Vaterlandes zu opfern, und hinter das Wort ein lautes pathetisches Fragezeichen setzte. Es war bezeichnend, daß die Kanzlerrede von der Linken mit lebhaftem Beifall, von der Rechten mit eisigem Schweigen aufgenommen wurde. Der Zentrumsredner Herzold kam den konservativen Freunden schleunigst zur Hilfe. Auch er bedauerte die „Einschnügelung“ der Erbschaftsteuer in das Besitzvermögen und die mangelnde Energie der Regierung. Dafür hatte der Abgeordnete Dr. Köditz (natl.), der diesmal für den erkrankten Dr. Reichberg hatte einspringen müssen, Worte freundlicher Anerkennung für den Kanzler, und nur ganz schüchtern mischten sich einige Wünsche in die Lobrede. Er war es auch, der schließlich zum erstenmal auf die Frage des Tages, auf Zubern und Strahburg, zurückkam. Er meinte, Herr v. Zubern werde wohl selbst nicht von der Regierung in Schutz genommen. Im übrigen fand er, daß die in Zubern zu Schwaben Bekommenen sich lediglich bei der schwachen Zivilverwaltung zu bedanken hätten, da das fortgesetzt gereizte Militär ein Recht gehabt habe, sich zur Wehr zu setzen. Unter lebhaften Zwischenrufen des Abgeordneten Viehbach suchte er und fand er die Wurzel allen Übels darin, daß der reichsständischen Beamtenschaft das preussische Element vollständig fehle. Dieser Teil der Köditzschen Rede rief den Reichskanzler noch ein zweitesmal auf den Plan. Er betonte einmal, daß das preussische Empfinden durch die Zubern Vorgänge auf das unangenehmste habe berührt werden müssen, und verteidigte sich gegen die Vorwürfe, die man ihm wegen seines Verhaltens im Reichstag gemacht habe, damit, daß er dort nur als Reichskanzler, nicht als preussischer Ministerpräsident gestanden habe. Auch die Frage der Wahlreform berührte er noch einmal, ohne freilich etwas Neues zu sagen. Eine Wahlrechtsvorlage würde die Regierung sich ebenso wenig ausstrotzieren lassen, wie sie eine dem Abgeordnetenhaus aufdrängen werde. Im übrigen sei der Ausdruck von dem uneingeschränkten Königswort nichts als ein leeres Schlagwort, das leider immer mißbraucht werde. Da der Kanzler, wie Herr Köditz verächtliche, ihn in einem Satze mißverstanden habe, tauschten die beiden

Herrn noch einige Höflichkeit aus und dann verlagte man sich auf Mittwoch, wo zuerst Freiherr v. Zedlitz, dann Dr. Wiemer zu Wort kommen sollen.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatt“. § Berlin, 13. Januar.

In der fortgesetzten

Etatsberatung

erhielt zunächst Abg. Herzold (Zentr.) das Wort, der ausführte: Der Wehrbeitrag war durch die außerordentlichen Umstände notwendig, aber eine Wiederholung darf nicht eintreten. Meine politischen Freunde waren mit der Besteuerung des Wehres einverstanden, aber über dem Wege der Einzelstaaten. Da aber das Kompromiß inzwischen fertig geworden war, so blieb und nichts anderes übrig, als ihm zuzustimmen. Wir legen großen Wert darauf, daß die innere Kolonisation erweitert wird. Wir hätten gewünscht, daß die Steuerzuschläge beseitigt werden, deren Einführung keineswegs als eine dauernde Einrichtung gedacht ist. Wir bedauern, daß in den Beamtenstellen, namentlich in den höheren Stellen, Männer katholischer Konfession in weit geringerer Zahl beschäftigt werden, als evangelische. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß die Parität und gegenüber in Zukunft mehr gewahrt wird. Ein erheblicher wirtschaftlicher Aufschwung Deutschlands kann nicht beirriten werden. Auch hinsichtlich der Eisenproduktion haben wir England übertraffen. Um ein Abströmen der ländlichen Bevölkerung in die Städte vorzubeugen, muß man darauf sehen, die Industrie auf dem platten Land anzusiedeln. Unser Wirtschaftssystem und die Zollpolitik zum Schutz der heimischen Arbeit hat sich bewährt.

Neuen Gesetzen zum Schutz der Arbeitswilligen können wir nicht zustimmen.

da die bestehenden Gesetze ausreichen. Für ein neues Wahlrecht die Initiative zu ergreifen, müssen wir der Regierung überlassen. Zwei Forderungen stellen wir aber schon heute auf: Keine Verschlechterung des bestehenden Wahlrechts und Einführung der geheimen Wahl. Wir verlangen, daß in den Fortbildungsschulen auch der Religionsunterricht obligatorisch ist. Auch in der Volksschule muß der Einfluß der Kirche gewahrt bleiben. Das einzige Ausnahmegesetz, das im Reich noch besteht,

das Jesuitengesetz.

solte nun endlich beseitigt werden. (Dravo! im Zentrum.) Die Entscheidung über die Aufhebung liegt bei den preussischen Stimmen, die im Bundesrat die Majorität haben. Möge der Ministerpräsident die Aufhebung dieses Gesetzes herbeiführen. Er wird sich dadurch den Dank des ganzen katholischen Volkes verdienen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Köditz (natl.): Was das Steigen des Betriebskoeffizienten bei der Eisenbahnverwaltung anbetrifft, so hat das darin seinen Grund, daß der eigentliche Bau von Hauptbahnen veräußert worden ist. Die Zeitrechnung von 2,10 Prozent des staatlichen Kapitals der Eisenbahnverwaltung scheint zu hoch bemessen zu sein, denn die Eisenbahnen sind nicht dazu da, zu allgemeinen Staatsaufgaben weitestlich beizutragen. Wir erwarten, daß die Steuerzuschläge bald beseitigt werden. Die Verhältnisse der Pensionäre müssen gefühlvoll geregelt werden. Das beste Mittel, das Landleben zu erhalten und das Volk zum Landleben zu erziehen, ist die Dauernansiedelung. Staatliche Arbeitslosenversicherung wäre nur am Platze, wenn durch staatlichen Zwang die Arbeitsverhältnisse geregelt werden, und das ist ausgeschlossen. Was die

Reform des Wahlrechts

betrifft, so sind wir entschieden gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Der Versuch nach einer Reform kann nur auf der Grundlage des Dreiklassenwahlrechts erfolgen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern die Einführung der direkten und geheimen Wahl. In der

braunschweigischen Frage

bedauern wir, daß die bekannten Bundesratsbeschlüsse aufgehoben sind lediglich auf Grund der Erklärung, daß der Prinz Ernst August nichts tun und nichts unternehmen werde, was gegen Preußen gerichtet ist. Diese Erklärung ist deswegen nicht ausreichend, weil die Welfenpartei ihre Agitation nicht eingestellt hat. In dieser Hinsicht können wir uns der Sorge nicht verschließen, daß wir noch Schwierigkeiten haben werden. Auf die Einzelheiten des

Zaberner Falles

will ich nicht eingehen. In den Grenzlanden gilt als Sport bei Sonntagöveranstaltungen, den größten Staat geringfügig zu behandeln. Es ist sehr bedenklich, daß schon das Singen des Braunschweigerliedes als Provokation bezeichnet wird. Die Behörden erfassen das Übel nicht an der Wurzel. Dieselbe Bevölkerung, dieselben Beamten, die die Verdünnung der Soldaten als Kleinigkeit bezeichnen, nehmen es übel, wenn das gereizte Militär die Wiederherstellung der Ordnung selbst in die Hand nimmt. (Zurufe seitens der Sozialdemokraten.) Es handelt sich hierbei um die Verteidigung des Mordes des Königs und des Offizierskorps.

Die Hauptschuld liegt an der Zivilverwaltung.

(Sehr richtig!) Wir haben die Haltung des Reichskanzlers in dieser Frage im Reichstag bedauert und wir haben deswegen dem Rührens-votum zugestimmt. (Weiterkeit.) Wir wollen das Ansehen der Armee im Deutschen Reich gewahrt wissen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg:

Meine Herren! Der Vorredner hat am Schluß seiner Ausführungen über die Erscheinungen gesprochen, welche im Reichslande aufgetreten sind, über

die Vorgänge in Sabern.

Er hat seine Verechtigung, die Angelegenheit in diesem Hause zu behandeln, daraus hergeleitet, daß es sich um das Reichsland handelt und daß infolgedessen jeder Bundesstaat ein Interesse daran hat, wie es dort steht. Ich will nicht bestritten, daß unter diesem Gesichtspunkte eine Erörterung und Besprechung von Mißständen einzelner Art, wie es der Vorredner getan hat, hergenommen werden kann und ebenso habe ich volles Verständnis dafür, daß das Empfinden jedes Preußen sehr unangenehm berührt worden ist durch manches, das dort vorgefallen ist. Aber, meine Herren; ich kann es nicht für zulässig erachten, daß mein Vorhaben im Reichstag bei der Behandlung der Zubern Angelegenheit hier zum Gegenstand der Kritik gemacht wird. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin dort nicht als preussischer Ministerpräsident, sondern als Reichskanzler aufgetreten und die Kritik gab ich als Reichskanzler, nicht in meiner Eigenschaft als Stimmführer der Bundesratsbevollmächtigter Preußens, nicht in meiner Eigenschaft als Ministerpräsident.

Eine Kritik über das, was ich dort gesagt habe, kann nur im Reichstag geübt werden.

(Zuruf: Herrenhaus.) Nein, wenn Sie das Herrenhaus hier anführen, so ist das ein unrichtiger Vergleich. Im Herrenhaus ist darüber gesagt worden, meiner Ansicht nach mit Unrecht, daß die Staatsregierung es zulasse, daß die staatsrechtlichen Verhältnisse der Einzelstaaten im Reich vertrieben werden. Wenn dieser Vorwurf zutreffen würde, dann würde ich allerdings als stimmführendes Mitglied des Bundesrates für Preußen mit daran schuld sein, und diese meine Haltung als preussischer Bundesratsbevollmächtigter unterliegt der Kritik des Landtages. Im Reichstag aber bin ich bei Besprechung der Zubern Vorgänge auf die Interpellation nicht als preussischer Bundesratsbevollmächtigter aufgetreten, sondern als Reichskanzler, und diese Kritik über dieses mein Auftreten, als Reichskanzler, kann ich in diesem Hause nicht annehmen. Meine Herren! Der Vorredner hat in dieser Beziehung ein paar Worte gesprochen, gegen die ich trotzdem Verwahrung einlegen muß, weil ich sie für unrichtig halte. Ich habe im Reichstag gesagt, als ich die Zubern Angelegenheit darstellte,

ich füge mich bezüglich der Vorgänge am 28. November auf Meldung des Militärs.

Ich habe danach die Situation dargestellt und ich habe ausgeführt, wie das Militär zum Einschreiten gekommen ist, weil es der Ansicht war, daß das Zivill verlagert habe. Ich habe aber hinzugefügt, die Berichte der Zivilverwaltung widersprechen dieser Auffassung des Militärs, und wer von diesen recht hat, weiß ich nicht und werde ich vielleicht auch nie wissen können. Nun, meine Herren, sagte der Vorredner, das wäre eine Haltung, die der Stellung eines Staatsmannes unwürdig sei. Meine Herren! Wissen Sie, haben Sie gewußt — die Herren, die sich beteiligt haben, nicht der Vorredner, sondern seine Freunde im Reichstag, die sich beteiligt haben an diesem Votum. (Weiterkeit.) — haben denn diese Herren die das Votum abgegeben haben, gewußt, ob das Militär oder das Zivill in seiner Auffassung recht hat und recht behalten wird. (Unruhe links.) Haben Sie denn, wenn Sie die Verhandlungen jetzt in Strahburg gelesen haben, nicht den Eindruck gehabt, daß die Herren, die damals der Ansicht waren, daß das Zivill recht und daß die Soldateska herrsche, eines Besseren belehrt werden sind. (Sehr richtig! rechts.) Ich weiß schon, daß die Freunde des Vorredners zum Teil eines Besseren belehrt worden sind.

Kennen Sie mir doch den Staatsmann, der am 3./4. Dezember genau wissen konnte, wie sich die Dinge abspielen haben oder ob das Zivill verlagert hat oder nicht. Es gibt keinen.

(Bewegung.) Wenn Sie aber aus dieser Darstellung der Situation ihre Begründung für das Votum herleiten, dann, meine Herren, wollen wir es im Reichstag tun. (Weiterkeit rechts.) Ebenso bin ich der Ansicht, daß, wenn meine Haltung als Reichskanzler nicht der Kritik des Abgeordnetenhauses unterliegt, so unterliegt auch nicht die Haltung der Verwaltungsbehörde von Esch-Zohringen derjenigen Kritik, die der Vorredner an die Tätigkeit der Verwaltungsbehörden angelegt hat. (Sehr richtig! rechts.) Auch dies ist ein Gegenstand, über den ich nur im Reichstag spreche. (Beifall rechts.) Ich bitte dringend, verschließen Sie doch die Kompetenz nicht, zumal nicht in einer solchen Frage so hochpolitischer Natur wie der Zubern Fall. Meine Herren! Das eine will ich noch hinzufügen, um auch die Kompetenzgrenze noch einmal freizustellen: Es ist zuzugeden, daß die Vorgänge in Esch-Zohringen eine sehr ernste Sorge der Regierung bilden und daß es eine ernste Sorge der Staatsregierung ist, um diesen Vorgängen in Zukunft zu steuern. (Lebhafter Beifall.) Über die Frage des Arbeitswilligen schreibe ich, über die der Vorredner auch ziemlich einachend gesprochen hat, will ich mich hier nicht äußern. Ich will nur in tatsächlicher Beziehung einen Irrtum richtig stellen, der dem Vorredner, wenn ich ihn richtig verstanden habe, unterlaufen ist. Er meinte, wenn ich recht gehört habe, ich sei im Reichstag zu dem Schluß gekommen, daß ein verstärkter Schutz der Arbeitswilligen unmöglich sei, weil ich ein Ausnahmegesetz abgelehnt habe. Meine Herren! So habe ich mich nicht ausgedrückt. Ich habe gesagt: Genieß, im einzelnen hat sich die Entwicklung so gestellt, daß ein Schutz der Arbeitswilligen in mancher Beziehung notwendig ist. Ich habe es aber abgelehnt, das auf dem Wege eines Ausnahmegesetzes zu machen, sondern wollte es auf dem Wege des gemeinen Rechts. Das ist der Kernpunkt meiner Ausführungen gewesen.

Ich habe nicht den Schutz der Arbeitswilligen abgelehnt, sondern nur diesen Schutz auf Grund eines Ausnahmegesetzes. Meine Herren! Der Abgeordnete Köditz hat die

Wahlrechtsfrage

angeschnitten und hat am Schluß seiner Ausführungen die Forderung an mich gerichtet: Die Staatsregierung möge diese Sache in die Hand nehmen und nicht etwa das Parlament durchaus nicht der Ansicht, daß sie sich vom Parlament eine Wahlrechtsreform ausstrotzieren lassen soll. So wenig wie die Regierung einen Versuch macht, dem Parlament eine Wahlrechtsreform ausstrotzieren, ebenso wenig wird sie sich vom Parlament eine Wahlreform ausstrotzieren lassen. (Beifall rechts.) So gut wie die Regierung seinerzeit ihrezeit die Initiative ergriffen hat, so gut wird sie die Initiative ergreifen, wenn sie ihrezeit den Zeitpunkt für gekommen erachtet. (Zuruf: Wann?) Ja, das werden Sie sehen. (Große Weiterkeit.)

Ich will mich noch mit einer in Wort und Schrift vielfach gebrauchten agitatorischen Wendung auseinandersetzen. Diese Wendung betrifft das uneingeschränkte Königswort. Meine Herren! Eine Thronrede ist staatsrechtlich genommen, ein Regierungsakt, und über alles das, was in der Thronrede gesagt ist, trägt allein die Verantwortung die königliche Staatsregierung. (Sehr richtig! rechts.) Das will ich gegenüber dem Mißbrauch des Wortes „uneingeschränktes Königswort“ hiermit in aller Form namens der Staatsregierung festgeheißt haben. (Lebhafter Beifall rechts.) Meine Herren! Der Ankündigung, die den mit Allerhöchster Sanktion in die Thronrede von 1908 aufgenommenen Passus enthält, ist durch die Vorlage der Wahlrechtsnovelle vom Jahre 1908 ausgesprochen worden. (Beifall rechts.) Darüber, daß diese Reform nicht zustande gekommen ist, trägt die Staatsregierung keine Schuld.

Die Wahlreform ist nicht zustande gekommen, weil sich der Landtag nicht darüber einigen konnte.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Städt. Postamt No. 1000. Gestern-Post geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 10 Bfg. monatlich. Nr. 2 — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief. Nr. 3 — vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Briefkästen. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Anzeiger“ Nr. 29, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die hiesigen Buchhandlungen und in den benachbarten Städten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Seite: 15 Bfg. für lokale Anzeigen im „Wohlfahrtsmarkt“ und „Meiner Anzeiger“ in einschlägiger Spalte; 20 Bfg. in beiden abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Bfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 M. für lokale Werbeflächen; 2 M. für auswärtige Werbeflächen. — Anzeigen, welche nicht nach dem Inhalt, sondern nach dem Inhalt, nach besonderer Vereinbarung — bei wiederholter Aufnahme unterbreitet Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entgegennehmender Rabatt.

Anzeigen-Kennzeichen: Für die Rhein- und Mosel-Region bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Region bis 1 Uhr nachmittags. — Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblattes: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt H 14 und 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Mittwoch, 14. Januar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 22. - 62. Jahrgang.

Rollentausch.

Man kann bei uns auf vielerlei gefaßt sein, und die Wirklichkeit in der bunten Fülle unseres politischen Lebens übertrifft oft genug sogar kühne Erwartungen. Aber was sich am gestrigen Dienstag im Abgeordnetenhaus zutrug, das bleibt doch ungewöhnlich über die Maßen. Man kann sich freilich auch auf den Standpunkt des Nichtverwunders stellen und so das Wunderlichste hinnehmen wie Regen und Sonnenschein, wie eine Schikung, der man sich fügt, weil es doch keinen Zweck hätte, sich ihr nicht fügen zu wollen. Jedenfalls war es eine merkwürdige Sitzung. Man erlebte es, daß der Reichskanzler und Ministerpräsident eine Rede hielt, die beinahe liberal anmutete und die denn auch mannigfachen Beifall auf der linken Seite des Abgeordnetenhauses fand, während die Konservativen, auf deren scharfe Angriffe Herr v. Bethmann-Hollweg mit dieser seiner Rede geantwortet hatte, bald mit lautem Widerspruch und bald mit eisigen Schweigen abermals befandeten, daß der verantwortliche Staatsmann, wenn es noch ihnen ginge, als abgetan zu betrachten wäre. Es handelte sich um die Rechtfertigung der Steuerpolitik im Reichstag, und man mühte sich gegen Tatsachen so verblenden, wie es die Rechte, nicht etwa aus Einsichtslosigkeit, sondern weil es in ihre Politik gut paßt, fortgesetzt zu tun pflegt, um nicht zu begreifen, daß die große Stunde, in der die Heeresvergrößerung beschlossen wurde, die Reichsleitung wie den Reichstag unweigerlich zur Einführung direkter Reichsteuern zwang. Die beispiellose Kühnheit, mit der die Konservativen sich immer wieder als die alleinigen Verteidiger grundlegender Institutionen aufspielten, während wir in Wahrheit durch schwächliche Nachgiebigkeit gegen ihre staatszerstörerischen, egoistischen Forderungen ins Verderben gerieten, diese stete Wiederholung von unmöglich gemordenen Wünschen, diese starre Festhalten an Grundtatsachen, die mit einem modernen Staatswesen in schiedlichen nicht mehr verträglich sind, das alles würde ja eine weit schärfere Zurückweisung als die aus dem Munde des Herrn v. Bethmann-Hollweg nötig machen, aber man muß schon zufrieden damit sein, daß der Reichskanzler und Ministerpräsident immerhin zu seinem Werke steht und sich die Steuerpolitik des vorigen Sommers nicht durch ostentative Körperlichkeiten befriedeln lassen will. Wie ihm das weiterhin bekommen wird, das ist ja eine andere Frage; für heute und jetzt jedenfalls hat er so gesprochen, daß man nur einen Wunsch haben kann, er möge immer so sprechen, so oft die Konservativen ihren einseitigen Interessenstandpunkt mit den Bedürfnissen der Allgemeinheit verwechseln. Der Reichskanzler nahm keinen Anstand, sich, obgleich gewissermaßen nur theoretisch, immer noch für die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Abszidenten und Abszidenten zu erklären, was in den Augen der Konservativen natürlich ein Verbrechen ist. Um so anerkannterwertener dünkt uns dies Bekenntnis.

Nun aber das sonderbare Gegenstück zur Kanzlerrede, die mit Zustimmung links, mit Ablehnung rechts aufgenommen wurde. Für das Gegenstück sorgte der nationalliberale Abgeordnete Köchling, das das umgekehrte Schicksal erfuhr: Beifall rechts, Abfertigung des größten Erfassens links, verlegenes oder auch unwilliges Schweigen der nationalliberalen Fraktionsgenossen. Was sich Herr Köchling am Dienstag im Abgeordnetenhaus in Bezug auf Zabern geleistet hat, das geht weit über alles hinaus, was wir in den letzten Wochen sogar von den schärfsten Scharmachern zu hören bekommen haben. Diese Rede hat in unserer parlamentarischen Geschichte schwerlich ihresgleichen. Man muß bedenken, daß Herr Köchling Landgerichtsdirektor ist, um ganz zu erweisen, was es sagen will, wenn ein solcher Mann die, sagen wir — Unbekümmertheit hat, zu der Ausführung des Kanzlers im Reichstag, er könne nicht entscheiden, ob die Zivilverwaltung oder das Militär im Recht sei, die Bemerkung zu machen, dieser Standpunkt sei für einen leitenden Staatsmann „überaus bedenklich“. Wo Herr Köchling verlangt vom Reichskanzler, daß er dessen Gerechtigkeitsgefühl den militärischen Behörden nicht mehr als den bürgerlichen Behörden zusetzen wolle, parteiischerweise gegen die Zivilbehörden Front mache, womit, falls es so ohne weiteres geschehen wäre, das Unglück natürlich nur noch größer geworden wäre. Aber den nationalliberalen Staatsredner sieht das nicht an. Es ist ihm offenbar noch nicht genug „Kabut“ geschlagen, um den Ausdruck des Herrn von Caiser zu gebrauchen, und vielleicht ist ihm sogar Herr v. Reuter noch zu zahn.

Wie konnten die Nationalliberalen gerade diesen Redner vor sich setzen? Das Müßel läßt sich, wenn man sich

vergegenwärtigt, daß es nicht eine nationalliberale Partei, sondern deren zwei gibt, eine, die der Wasseremannschen Führung folgt, und eine, für die Herr Fuhrmann firmiert. Was an dieser zweiten Gruppe, die sich verschämterweise altnationalliberal nennt, überhaupt noch liberal ist, das haben sich Weise und Toren oft genug schon mit gleicher Ergebnislosigkeit gefragt. Nach der Köchling'schen Rede braucht man nicht mehr zu fragen, sondern man weiß jetzt, daß eine ausgeblähte liberale Fahne eine Ladung deden soll, die allereaktionärste Konterbande ist. Wir halten uns mit einer Kritik der wunderbaren Rede des Herrn Köchling nicht weiter auf, wir sind aber um so neugieriger darauf, was Wasseremann sagen, noch neugieriger darauf, was er tun wird.

Zur Erklärung des Kanzlers über die Welfenfrage.

wb. Berlin, 14. Januar. Die Morgenblätter sind ziemlich einmütig in der Feststellung, daß der Reichskanzler und Ministerpräsident gestern rhetorisch einen sehr guten Tag hatte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet sie als die bedeutendste Ausrufung des leitenden Staatsmannes gegen die Welfen. Es sei nur nicht sehr ersichtlich, warum sie nicht schon früher erfolgte. Dadurch wäre manchen Mißverständnissen vorgebeugt und mancher weltfischen Nachenschaft der Stachel genommen worden.

Die „Post“ sagt: Durch diese Erklärung, durch die den nationalen Kreisen eine große Genugtuung zuteil wurde, sei ein Schritt vorwärts geschehen.

Zabern in der elsass-lothringischen Kammer.

wb. Straßburg, 13. Januar. Bei nicht befehlten Tribünen verhandelte die zweite Kammer des elsass-lothringischen Landtags heute nachmittags über die von allen Parteien eingebrachten Interpellationen, betreffend Zabern. Präsident Dr. Rißin eröffnete die Sitzung um 3.20 Uhr. Am Regierungstisch hatte die gesamte Regierung Platz genommen.

Nach dem Zentrumsgespräch und Zaberner Bürgermeisters Kämpfer sprachen hintereinander die Abgeordneten Weber (Loth.), Jmbé (Soz.) und Burger (Wt.). Auch diese Redner kritisierten zwar auf das schärfste das Verhalten der Militärbehörden, bewahrten aber durchweg bei der Behandlung der Angelegenheit eine geschäftsmäßige Ruhe. In der vielfach erwarteten Obstruktion des Parlaments ist es nicht gekommen.

Staatssekretär Fehr. Jörn von Bulach

gab namens der Regierung eine umfangreiche Erklärung ab, in welcher er zunächst daran erinnerte, wie feinerzeit und bedachte Worte eines jungen Offiziers, der sich der Tragweite seiner nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Äußerungen zunächst wohl kaum bewußt gewesen sei, bei der Bevölkerung aber eine starke Erregung erzeugt hatte durch die leidenschaftliche Sprache eines Teils der Presse, die sie als eine Beleidigung des ganzen Volkstammes hinstellte, noch erhöht wurde. Irrtümlicherweise habe die Bevölkerung damals angenommen, daß jene beleidigenden Äußerungen ohne Sühne bleiben werden. Der Staatssekretär gibt dann die Entwicklungsphasen der bekannten Vorgänge in Zabern in kurzen Worten wieder und konstatierte:

daß im ersten Stadium, in den Tagen vom 8. bis 11. Nov., tätliche Beleidigungen oder grobe Ausschreitungen nicht zu verzeichnen waren.

Daß damals nach Offizieren Steine geworfen wurden, sei der Regierung nicht gemeldet gewesen und erst jetzt durch die fruchtlos verhandelt worden. Die Zaberner Zivilbehörden hätten damals seitens der Regierung die strengste Befehle erhalten, unter allen Umständen mit den zur Verfügung stehenden Polizeikräften für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen, das Militär gegen Beleidigungen zu schützen und in Notfällen die bewaffnete Macht zu requirieren, wie es gesetzlich vorgesehen. Die Regierung sei in dem ersten Stadium der behauerten Vorgänge einer Situation gegenübergestanden, die ein direktes Einschreiten ihrerseits, so weit es sich nicht um die Unterdrückung der Unruhe handelte, ausschloß. Daß der Leutnant v. Forstner die Bevölkerung Elsass-Lothringens habe beleidigen wollen, wurde von dem Generalkommando durch öffentliche Erklärung in der Presse in Abrede gestellt. Im übrigen stand der Leutnant unter der Disziplinargewalt seiner Vorgesetzten, bezw. unter der Militärgerichtsbarkeit, und dieser allein fiel die Aburteilung einer etwaigen Verfehlung des Offiziers zu. Jede Einmischung der Regierung in diese Angelegenheit würde daher auch als ein ungesetzliches Eingreifen in das militärische Kompetenzgebiet zurückgewiesen werden. Die Regierung sei damals der Behauptung entgegengetreten, daß die Zivilbehörden besorgt hätten.

da tatsächlich die zur Verfügung stehenden Polizeikräfte ausgereicht hätten, um Unruhen zu verhindern. Auch der Anklagevertreter in dem kriegsgerichtlichen Verfahren gegen Oberst v. Reuter habe die damaligen Maß-

nahmen des Kreisdirektors als genügend anerkannt, unter der Voraussetzung freilich, daß eine Kontrolle über die Polizeiorgane dahin auszuüben war, ob sie auch ihre Pflicht täten. Scharf beurteilte der Staatssekretär, daß ein Teil der Bevölkerung Zaberns — auch wenn sie sich beleidigt glaubte — sich zu lärmenden Straßenumgebungen und unflätigen Beschimpfungen von Offizieren habe hinreichend lassen. Dem Ansehen und der Pflicht der Bevölkerung würde es entsprechen haben, wenn sie den öffentlichen Aufforderungen des Bürgermeisters und des Kreisdirektors gefolgt wären, welche wiederholt vor Unflätigkeiten genügend gewarnt haben. Die Frage, ob ein sofortiges Eingreifen der militärischen Vorgesetzten durch Verurteilung oder Verweisung des Leutnants von Forstner nicht am wirksamsten zur Beruhigung geführt hätte, ist durch die Zivilbehörden nicht zu entscheiden gewesen. Der Staatssekretär stellt dann fest, daß die Durchführung weiterer Maßnahmen nach den Vorgängen des 28. und 29. November bis zum Abschluß des anhängigen kriegsgerichtlichen Verfahrens, dem die Feststellung der Verantwortlichkeit gesetzlich in erster Linie zufiel, hätte zurückgestellt werden müssen. In weiteren Beziehungen nähere Auskunft zu geben, sei die Regierung nicht in der Lage. Inzwischen habe das Kriegsgesetz gesprochen, und diese Entscheidung — auch wenn sie noch nicht rechtskräftig sei — habe die Regierung wie jeden Rechtspruch zu achten. Die Regierung habe es indes für ihre Pflicht, bei diesem Anlaß ausdrücklich zu konstatieren, daß in Zabern Militär und Bürgerschaft stets in gutem Einvernehmen lebten, Militär- und Zivilbehörden freundliche Beziehungen unterhielten und daß die wörtlichen Beschimpfungen sich ursprünglich nur gegen Leutnant v. Forstner richteten. Durch die eingeleitete Untersuchung würde festgestellt sein, ob auf Seiten der lokalen Zivilorgane Unterlassungen oder Verfehlungen vorgekommen sind.

Die Annahme, daß eine Abneigung gegen das Militär selbst die Triebfeder der Demonstrationen gebildet habe, müsse mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Ebenso müsse die Regierung — gewiß im Sinne der großen Mehrheit der Bevölkerung — jeden Versuch, aus den bedauerlichen Vorfällen in Zabern Angriffspunkte gegen die Armee zu konstatieren und diese für die einzelnen Vorkommnisse verantwortlich zu machen, als irreführend brandmarken. Die Armee, in der viele Tausende elsass-lothringische Landesfinder als tüchtige Soldaten mit Stolz gebient haben und dienen, ist kein Fremdkörper, sondern Fleisch vom Fleische des Volkes, und die Regierung ist überzeugt, daß sie dem stets bewährten militärischen Empfinden der Söhne unseres Volkes richtigen Ausdruck gibt, wenn sie sagt, daß dieselben eine Beschimpfung des Ehrenkleides, das sie selber einst getragen, weit von sich weisen, und deshalb können und dürfen die aus beiderseitiger momentaner Erregung entspringenden bedauerlichen Vorfälle in Zabern die bisherigen guten Beziehungen zwischen Militär und Zivilbevölkerung nicht trüben. Die Armee ist der Feind, auf der die Macht und die Größe des Reiches ruht, und wer an ihr rüttelt, vergeht sich gegen das Vaterland und dessen Sicherheit. — Fehr. Jörn v. Bulach schloß dann seine Ausführungen mit den Worten: „Der Regierung sind aus ihrem anfänglichen Schweigen Vorwürfe gemacht worden, als hätte sie die ihr vom Kaiser anvertraute und von ihr als heilige Pflicht übernommene Wahrung der Interessen des Landes außer den Augen gelassen. Es erscheint unzulässig, in Kompetenzfragen, deren Entscheidung nicht vor das eigene Forum gehet, öffentlich Stellung zu nehmen. Mit dem Generalkommando des 15. Armeekorps hat die Regierung in dauernder Fühlung gestanden. Sie hat ohne Verzug die Schritte getan, die allein zur Feststellung vorgekommener Verfehlungen und deren Sühne führen konnten. Im übrigen würde die Regierung nicht einen Tag zögern, ihren Platz zu räumen, wenn die volle Gewißheit für die strenge Wahrung ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit gegeben wäre.“

Die Rede begegnete im Hause fast eisiger Ruhe. Nur hier und da wurde Widerspruch laut. Die Besprechung der Interpellation wurde am morgen nachmittags vertagt.

Ein Rücktritt des Unterstaatssekretärs Wandel?

Straßburg, 13. Januar. Die Stellung des Unterstaatssekretärs Wandel ist infolge des Reuter-Prozesses unhaltbar geworden. Die Regierung befürchtet, der Kaiser werde seine in Dornauschungen gewonnene Auffassung zugunsten der Zivilverwaltung revidieren.

Ein Echo in der bayerischen Kammer.

wb. München, 13. Januar. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten sagte der Abg. Müller-Dof (Nf.), bezüglich der Zaberner Angelegenheit habe auch die bayerische Regierung die Verpflichtung, aller scharfsten gegen die Verfassungen der Offiziere vorzugehen. Wäre heutzutage von oben eingegriffen worden, wäre es in der ganzen Angelegenheit überhaupt nicht so weit gekommen. Auf einen so heißen Kampfesboden, wie Elsass, dürften nur die allertüchtigsten Leute hingestellt werden. Das schlimmste an der ganzen Zaberner Angelegenheit sei aber die Tatsache, daß sich die Offiziere auf die Kabinetsorder von 1870 berufen könnten, die in unserer Zeit gar nicht mehr ernst genommen werden dürfe. Der unklare Rechtszustand dürfe unter keinen Umständen mehr aufrecht erhalten werden. Hier müsse die Reichsregierung eingreifen. Redner jagte ferner,

daß es den Konflikt vom Reichstag auf Bayern übertragen hieße, wenn die bayerische Regierung sich weigern sollte, die Wünsche der Volksovertretung, wie sie in den Resolutionen zum Gesetzesentwurf festgelegt wurden, zu erfüllen, weil eventuell die preussische Regierung derartige Wünsche ihrerseits ablehnen würde. — Der Abg. Beckh (Kons.) erklärte, erfreulich sei, daß der Polizeipräsident v. Jagow den Mut gehabt habe, sich gegen den Ansturm zu stemmen. Er freute sich, daß eine dem Kaiser nahestehende Persönlichkeit dem Obersten v. Reuter seine Anerkennung ausgesprochen habe. Die frühere französische rücksichtslose Präzedenzherzhaft in Elsch-Lothringen sei viel besser gewesen als das jetzige langwierige Verhalten der Beamten im Reichsland. Die französische Verwaltung habe von Anfang an kurzen Prozeß mit der Bevölkerung gemacht, wenn sie sich nicht fügen wollte.

Die gefährliche Lage in Südafrika.

Proklamation des Generalstreiks.

wb. Kapstadt, 13. Januar. Die Gewerkschaften haben den Generalstreik für das ganze Gebiet der Union proklamiert.

wb. Johannesburg, 13. Januar. Die Minenarbeiter haben durch Abstimmung mit Zweidrittel-Mehrheit den Streik beschlossen.

Die Beteiligung der Eisenbahner.

R. Bloemfontein, 14. Januar. So gut wie alle Eisenbahnen in den Westprovinzen und im Kapdienst stehen im Streik, doch verkehren die wichtigsten Züge und werden von Angestellten aus Kapstadt bedient. Die Eisenbahner in Bechuanaland und Kronstadt sind in den Streik getreten.

Auch die Hafenarbeiter streiken.

wb. Kapstadt, 13. Januar. Hier und in Durban sind die Arbeiter, welche die Schiffe auf den Docks bedienen, ausständig. Die Schiffe nehmen das Laden und Ausladen mit eigenen Hilfsmitteln vor.

Verhängung des Belagerungsstatus.

London, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Premierminister Borch hat von hier die Ermächtigung erhalten, im Falle der Not Reichstruppen zur Unterdrückung der Unruhen zu verwenden. Im Randgebiet stehen 20 000 Waffengenerale zur Aufrechterhaltung der Ordnung bereit. Die Randgruben müßten geschlossen werden, ungefähr 300 000 Arbeiter sind dort jetzt untätig. Unruhen der eingekerkerten Arbeiter aber werden vorläufig nicht befürchtet. Ihre Aufstellungen werden jedoch aufs sorgfältigste bewacht. Die Streikführer wollen alles tun, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Ausschreitungen zu vermeiden. Wie sie selbst sagen, können die Arbeiter nur siegen, wenn der Regierung kein Vorwand gegeben wird, Gewalt anzuwenden. Ihre Mahnungen werden aber anscheinend nicht überall von den Streikenden befolgt. An verschiedenen Stellen längs der Eisenbahn wurde Dynamit gefunden.

Die Lage in Kapstadt.

Kapstadt, 13. Januar, 9.20 Uhr abends. 50 Mechaniker der Maschinenanlagen im hiesigen Hafen sowie 20 Kranführer sind in den Ausstand getreten. Man erwartet, daß die Dockarbeiter ebenfalls die Arbeit niederlegen werden. Jeder verfügbare Mann der Miliz ist unter Waffen. Aus den nächlich gelegenen Kohlenbergwerken gehen ununterbrochen Kohlenzüge, die überlandwärts nach dem Süden ab, um die Gasen mit Kohlen zu versorgen. In den bedrohten Bezirken, wo schwarze Arbeiter verwendet werden, bilden sich Ausschüsse von bewaffneten Bürgern, um für jeden Luftübergriff gerüstet zu sein.

wb. Kapstadt, 14. Januar. Die Straßenbahnangestellten haben beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Die Lage in Johannesburg.

wb. Johannesburg, 13. Januar. Die Theater sind geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ist infolge der Unruhen unterbrochen. Die Eisenbahnverwaltung improvisierte mit den treugebliebenen Lokomotivführern einen frei-

willigen Zugdienst. — Bei Benoni wurde auf den Bahnschienen Dynamit entdeckt.

Eine eigene Polizei der Arbeiterpartei.

Johannesburg, 13. Januar, 7 Uhr abends. Die Führer der Arbeiterpartei erklären, daß sie eine eigene Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung während der Dauer des Streiks organisieren werden. Sie wollen auf jeden Fall die Verwendung von Truppen vermeiden. In einer von Tausenden besuchten Versammlung erklärten die Arbeiterführer, daß sie gewinnen müßten, um die Anwendung von Gewalt zu vermeiden.

London, 14. Januar. Bei Lloyd wurden gestern sehr viele Anträge auf Versicherung von Minenaktien gegen Kursverluste während des Streiks in Südafrika entgegengenommen. Die Prämie lag in den Nachmittagsstunden auf die ungünstigen Nachrichten aus Südafrika ungewöhnlich an.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser hörte gestern Vormittag 10 Uhr im Neuen Palais den Vortrag des Chefs des Admiralstabes der Marine.

Der König von Battenberg ist gestern nachmittags aus Stuttgart in Mentone in Begleitung der Freiherren von Soden und von Baus eingetroffen. Der König wurde bei seiner Ankunft im Namen der französischen Regierung von dem Präsesen des Departements begrüßt. Auch der deutsche Generalkonsul aus Nizza hatte sich auf dem Bahnhof eingefunden. Der König bog sich im Automobil nach Kap Martin, wo er sich etwa 3 Wochen aufhalten wird.

Die Aufstellung des Haushalts in der kaiserlichen Villa in Langsur wird in den nächsten Tagen erfolgen. Die Möbel werden wieder an die Schlosser abgeführt, denen sie seinerzeit entnommen waren. Außerdem wird ein Teil Verwendung finden für die Ausstattung im Fürstentum zu Kassel für den Prinzen Joachim von Preußen und zur Herrichtung eines Absteigequartiers für die Kaiserin und Gefolge für den Fall eines Besuchs beim Prinzen.

Der Reichskanzler und die Jesuiten. Während die Konservativen im preussischen Landtage gegen Herrn von Bethmann-Hollweg Sturm laufen, ein Vorgehen, dem unter den obwaltenden Umständen der Erfolg in absehbarer Zeit so gut wie sicher ist, spricht der orthodox-protestantische „Reichsbote“ die Befürchtung aus, daß der Reichskanzler in der Jesuitenfrage dem Zentrum nächstens Zugeständnisse machen könnte. Diese Befürchtung ist jedoch, wie wir mitteilen können, unbegründet. Der Reichskanzler mag früher dazu geneigt gewesen sein, gegenwärtig ist er's nicht! Das ist auf die Haltung zurückzuführen, die das Zentrum in der letzten Zeit gegen ihn beobachtet hat. Das ist aber auch damit zu begründen, daß Herr von Bethmann-Hollweg selbst fühlt, seine Lage als Reichskanzler seien gefährlich. Zugeständnisse in der Jesuitenfrage kann sich ein Reichskanzler gestatten, der seine Stellung für geraume Zeit als unerfüllbar betrachtet. Das ist Herr von Bethmann-Hollweg und auch aus diesem Grunde wird er dem Zentrum in der Jesuitenfrage nicht zu Willen sein.

Verlobungsgerüchte im hiesigen Mittelbad. Die Herzoginwitwe Karl Theodor ist am letzten Samstag nach Wien gereist. Der Kaiser hat ihr einen einseitigen Besuch abgestattet. Die Reise wird wieder mit Verlobungsgerüchten im hiesigen Mittelbad in Zusammenhang gebracht.

Graf Thiene nunmehr zufriedengestellt. Der Vorsitzende des deutschen Patriotenbundes, Geheimrat Graf Alvens Thiene, erhielt anstelle des abgelehnten Roten Adlerordens vierter Klasse den Roten Adlerorden dritter Klasse mit Krone. Thiene nahm an.

Ein Glückwunsch des Kaisers an Exzellenz Ortner. Dem Präsidenten der Kammer der Abgeordneten Dr. von Ortner ist von der preussischen Gesandtschaft das folgende Schreiben zugegangen: „Se. Majestät der Kaiser und König haben mich zu dem Glückwunsch zu der Thron von Sr. Majestät

dem König von Bayern gewordenen Auszeichnung auszusprechen. Es gereicht mir zur besonderen Freude, mich des allerhöchsten Auftrages entledigen zu dürfen. Der Kgl. Gesandte von Trentler.“

Der Stapellauf des dritten Schulschiffes. Auf der Werft von Stapellauf A.-G. in Geestemünde fand heute der Stapellauf des dritten Schulschiffes des Deutschen Schulschiffvereins, das den Namen des Protektors, des Großherzogs Friedrich August von Oldenburg, führt, statt. Bei dem Festessen des Senats, das aus diesem Anlaß gestern stattfand, hielt der Großherzog von Oldenburg eine Rede, in der er die anwesenden deutschen Fürsten und Vertreter des Kaisers und der Seebundesstaaten sowie die Mitglieder des Deutschen Schulschiffvereins begrüßte und die Bestrebungen des Vereins und seine bisherigen Leistungen hervorhob. Im weiteren Verlaufe des Mahles gedachte der Chef der Marinestation der Nordsee, Admiral v. Heeringe als Vertreter des Kaisers, der nahen Beziehungen der Kaiserlichen Marine zu dem Deutschen Schulschiffverein. Die Kriegsmarine habe von Anfang an der Entwicklung des Deutschen Schulschiffvereins das größte Interesse entgegengebracht und seine Bestrebungen mit den Gefühlen lebhaftester Anteilnahme begleitet. Die Erfolge des Deutschen Schulschiffvereins seien ausgezeichnete gewesen. Die Marine könne das am besten beurteilen, da die beim Deutschen Schulschiffverein ausgebildeten Leute alle durch ihre Hände gingen. Redner betonte, es seien durchweg erstklassige Leute, die die Schule des Vereins durchgemacht hätten.

Der Jahrsheilkunde-Studentenfest in Leipzig beigelegt. Die Studierenden der Jahrsheilkunde in Leipzig haben beschlossen, die Vorlesungen und Praktika Mittwoch wieder zu besuchen, nachdem sich die medizinische Fakultät entschlossen hat, in Verhandlungen zur schwebenden Promotionsfrage einzutreten, und da auch der Kultusminister bereit ist, die Wünsche der Studentenschaft persönlich entgegenzunehmen.

Der Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses hielt gestern im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab. Beschlissen wurde die Ausgestaltung des Ausschusses. Für die Vorberatung wichtiger Fragen der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik sowie der sozialen Fragen zur Verwirklichung der letzten Kongressbeschlüsse wurde ein Kurium an die Mitgliedschaften festgesetzt. Sodann nahm der Ausschuss Stellung zu der vom Reichskanzler angelegten Denkschrift über die Auswüchse des Organisationswesens. Schließlich wurde ein Unterausschuss ernannt, der sich mit der sozialen Fürsorge für die Arb- und Jugendarbeiter beschäftigen soll.

Sam Van eines Westhafens von Wismar. Die Arbeiten der Magistratsvorlagen über den Bau des Westhafens von Wismar haben begonnen. Die Ausführung des Projekts ist auf 88,2 Millionen Mark veranschlagt.

Rechtspflege und Verwaltung.

Die Nachfolge des Dr. v. Bitter. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der Oberpräsident des Provinz Sachsen, Winkl. Geh. Rat Dr. v. Hegel, ausserhalb ist, als Nachfolger des verstorbenen Winkl. Geh. Rats Dr. v. Bitter Präsident des Oberverwaltungsgerichts zu werden. Herr v. Hegel ist ein Schwager, nämlich der Gatte einer Schwester des Dr. v. Bitter, und es heißt, daß dieser ihn selbst vor seinem Ende, das er nahen fühlte, für seine Nachfolge empfohlen haben soll.

Der Oberpräsident von Brandenburg, Herr v. Conrad, ist nicht amtsmüde. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hatte mitgeteilt, Herr v. Conrad werde aus Gesundheitsrücksichten aus seinem Amt scheiden, und der Berliner Polizeipräsident Dr. v. Jagow an seine Stelle treten. Herr v. Conrad war allerdings eine Zeitlang leidend, aber sein Befinden hat sich, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, neuerdings so gebessert, daß eine Notwendigkeit des Ausscheidens aus dem Amt nicht mehr vorliegt.

Parlamentarisches.

L. C. Die Partei der Fortschrittlichen Volkspartei des Reichstags trat am Dienstag eine Stunde vor der Wieder-

anspruch er noch die sofortige Hinterlegung von 100 000 Franken.

In Darmstadt wird die Eröffnung der „Parzial“ am 6. September d. J. zur Eröffnung der neuen Spielzeit stattfinden.

Siegfried Langgard, der bekannte dänische Komponist, der in jüngeren Jahren als Klavierspieler die Aufmerksamkeit Liszts erregte und auch als Komponist von Liedern und Klavierstücken vollständig unter dem Einflusse Liszts stand, ist im Alter von 81 Jahren gestorben.

Kurttheater.

Dienstag, den 13. Januar: „Ein Isoliertes Leben“. Schwank in drei Akten von G. Vosberg.

Was für wieder einmal ein lustiger Abend! Der Schwank besonders amüsant durch die originelle Art der Aufführung, die als Generalprobe gedacht, das Publikum in die Geheimnisse der Kulissenkunst und Bühnentricks einweihte. So wurde demonstriert, wie man Bühnenmäßig fühl, die Arbeiter hielten die Bühne um, der Regisseur krachte mit den Schauspielern und der Souffleur — lauter höchst amüsante Momente.

Der Schwank an und für sich ist nicht besser und schlechter als viele andere Schwänke; er bringt manche neue Situation. Im zweiten Akte wird der Theaterdirektor recht abel am Zeug gefickt — falls man diesen Theaterdirektor der nie ein Stück tief, als Typ betrachten will.

Zum Schluß gibt es ein Duell, die übliche Veröhnung der Gegner, die Veröhnung eines Ehepaares und das Schließen eines Brautpaares.

Die Aufführung unter Herrn Suchanek's Regie war frisch und flott. Herr Suchanek selbst spielte die Doppelrolle eines gestrenghen Regisseurs und eines reichen Amerikaners mit erwünschter Gewandtheit. Fr. Krüger war eine sehr bemerkenswerte Bismarckimitation, Herr Suchanek in sehr spitzer Rolle ein spitzer Geldmacher und — er hatte zwei Rollen übernommen — ein drohlicher Theaterdirektor. Herr Bömer übernahm diesmal mehr durch den Realismus seiner Rolle wie durch sein Spiel. Die Bewegungen waren alle gut, er übte besser mit den Händen als mit dem Mund. Lobend zu erwähnen wären noch die Herren Becker, Meier, Bronsch, Vogel, Ehrlich und Graeb sowie die Damen von der Tisch und Waizenecker. Die Zuschauer amüsierten sich köstlich. B. v. N.

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

Primadonnen-Kriege. In der Pariser Theaterwelt erwartet man mit Spannung den Verlauf einer Angelegenheit, die die Opernsängerin Bréal gegen die Direktoren der Großen Oper anhängig und bei den der freigeordneten „Pariffal“ die Ursache des Streikes bildet. Frau Bréal sang in der Pariffal-„Premiere die Kunden, in einer der folgenden Aufführungen sollte eine andere Künstlerin die Rolle singen, und darin sieht Frau Bréal, die keiner Rivalin die Kunden überlassen möchte, eine Beleidigung, eine Schädigung und eine Verletzung der getriebenen Abmachungen. Die französische Bühnengeschichte ist reich an ähnlichen Konflikten, die sich nicht selten zu wahren Staatsaktionen auswachsen, die die ganze Stadt in zwei Lager spaltete und monatelang der Hintersicht und des Hasses und der Rache bekämpften sich nicht in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die beiden großen Rivalinnen der Comédie Française, die Vestris und das Fräulein Saint-Bal v. A. Sie konnten bereits alle Ränke der öffentlichen Rache. Als am 16. Juli 1777 eine Schauspielerin eine neue Rolle kreiert hat, läßt sich zur zweiten Aufführung das „Journal de Paris“ wie folgt vernehmen: „Wir werden gebeten, die Logenbesucherinnen zu verständigen, daß in den Logen, die am letzten Samstag gekürzt wurden und nur geringe Vorräte köstlichen Wassers aufwiesen, bei der heutigen Vorstellung mit allen Spirituosen, Wasser und Salzen ausgerüstet sind, die für die verschiedenen Arten von Ohnmachten in Betracht kommen. So werden die Damen auch im übrigen auf alle Bequemlichkeiten rechnen können, deren man bedarf, um ohnmächtig zu werden.“ So ländigte Mme. Vestris ihr Auftreten an; die Rivalin Mme. Saint-Bal entschied sich für die einfachste und sicherste Antwort: sie ließ an dem Abend die Rebenhüsterin ausspielen. Der Herzog von Durak mußte eingetret, entschied sich für Mme. Vestris, das Publikum spaltete sich in zwei Lager, und die übrigen Schauspieler mischten sich ein, der König wurde alarmiert, und Ruhe kam erst wieder, als Mme. Saint-Bal auf königlichen Befehl in die Verbannung nach Clermont geschickt wurde. Es war um dieselbe Zeit, da zwei Künstlerinnen der Pariser Oper aus ihrer grimmigen Nebenbuhlerchaft sehr geschickt Kapital schlagen, indem sie sich über die Rolle des Lohengrins und Isaar ein rechtliches

Duell inszenierten. Die beiden unerbittlichen Feindinnen waren die Sängerin Theodora und die Sängerin Beaumain; eines Tages kam es zu einer hitzigen Auseinandersetzung hinter den Kulissen, und die temperamentvollen Damen beschlossen, die Angelegenheit in einem Zweikampf auszutragen. Das Duell fand an der Porte-Mailot statt, aber man war dabei so vorsichtig, die Pistolen während der Abmessung der Distanz im leichten Grase liegen zu lassen. Als die Feindinnen mit gegläuter Nordweste einander gegenübertraten, gab es statt Schüsse nur ein mäßiges Klacken der Hähne, die Pistolen versagten, und dann verjöhnte man sich. Der berühmteste Primadonnen-Krieg von Paris aber fiel doch in die Zeit Napoleons; und die Helden dieses Kampfes, der an bitteren Worten hängen und drüber den homerischen Wortkämpfen kaum nachstand, war die von dem Kaiser begünstigte Mme. Georges und die von der Kaiserin Josephine protegierte Mme. Duchesnois. Gegenseitig jagten sie sich die Rollen an. Mme. Georges war dabei im wesentlichen wohl die Angreiferin; jedenfalls wurde die Comédie Française infolge dieser erbitterten Nebenbuhlerchaft auf vier Jahre geradegu die Stätte eines Art Bürgerkrieges, die kümmerlichen Szenen und Zwischenfälle nahmen kein Ende. Die Zeitungen ergriffen Partei, die Theaterbesucher, der Hof und schließlich die ganze Stadt, ja sogar die Politik spielte herein, und es kam so weit, daß die Regierungspartei für die Georges war, die Opposition aber für die Duchesnois. Einmal stürzte das erregte Publikum sogar die Bühne, und die Schauspieler mußten sich verbarricadieren; aber endlich kam es auch hier zu einem Friedensschlusse, der in einer etwas theatralischen Umarmung der beiden Feindinnen besiegelt ward.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. In Genf starb der bekannte schweizerische Dichterschriftsteller Oberst Camille Favre. Ernst v. Wolzogen's neues Trauerspiel „König Karl“ erzielte in Worms einen starken Erfolg.

Wibende Kunst und Musik. Bei der Renovierung des Domes von Freising wurden verschiedene kostbare Wandgemälde entdeckt, die vermutlich aus dem 14. Jahrhundert stammen.

Der Florentiner Maler, dem bekanntlich die Auffindung des Bildes der Mona Lisa zu danken ist, hat beim Seine-Gericht in Paris eine Klage gegen den französischen Staat eingereicht, in der er die gerichtliche Wertschätzung des wiedergefundenen Bildes und 10 Prozent dieses Wertes für seine Bemühungen für sich beansprucht. Außerdem be-

Eröffnung der Plenarverhandlungen zu einer Sitzung zusammen und unterzog hierbei die Faberner Angelegenheit einer längeren Erörterung. Definitive Beschlüsse über das weitere Vorgehen der Fraktion sind einer zweiten Fraktions-sitzung vorbehalten.

Ein Antrag der badischen Fortschrittlichen Volkspartei. Die Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei Badens hat in der badischen Zweiten Kammer folgenden Antrag eingebracht: Die Regierung wird ersucht, beim Bundesrat die alsbaldige Vorlage eines Gesetzesentwurfes zu betreiben, durch den die Militärgerichtsbarkeit auf rein militärische Delikte beschränkt wird.

Der sozialdemokratische Antrag, betr. Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Die sozialdemokratische Fraktion stellt erneut den Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen, fordert ferner: daß die Bestimmung über die Ausschließung von Abgeordneten beseitigt und zu diesem Zwecke diejenige Fassung wiederhergestellt wird, welche bis zum Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 6. Mai 1910 gegolten hat, und empfiehlt schließlich den Entwurf eines Gesetzes über die Einführung der geheimen Abstimmung bei den Gemeindevahlen zur Annahme.

Ausland.

Frankreich.

Die Eröffnung der Kammeritzung. Paris, 13. Januar. Das Parlament ist heute zu seiner ordentlichen Tagung zusammengetreten. Der Präsident der Deputiertenkammer Deschanel ist mit 379 von 403 Stimmen wiedergewählt worden. Die Wahl der Vizepräsidenten der Kammer gab zu einer bemerkenswerten Kundgebung der radikalen Partei Anlaß. Der katholisch-demokratische Deputierte Abbé Lemire, welcher gegenwärtig von dem Bischof von Lille mit der Exkommunikation bedroht wird, wurde trotz des lebhaften Widerspruchs der Konservativen und Nationalisten von den Radikalen als Kandidat für das Amt eines der vier Vizepräsidenten aufgestellt und nach zwei Wahlgängen mit 275 Stimmen gewählt. Das Wahlergebnis wurde von der Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auch die Wahl Kagagners zum Vizepräsidenten, der mit einer Mehrheit von 19 Stimmen gegen André Lefevre durchdrang, wurde von den Radikalen mit lebhaftem Beifall begrüßt, da sie in dem Abstimmungsresultat eine Schlappe der neugegründeten Partei Briands erblickten.

England.

Zur deutsch-englischen Verständigung. Newcastle, 13. Januar. Der deutsche Botschafter Fürst Lichnowski, der sich heute früh hierher begeben hat, präsierte heute abend einem Wohlthätigkeitsbankett für die deutsche Seemannsmission und das deutsche Seemannsheim in South Shields. Unter den Anwesenden befanden sich der Lordleutnant von Durham, Lord Durham, der Lordmair von Newcastle, die Bischöfe von Newcastle und die Mitglieder der Mission und der deutschen Kolonie. Nach den Toasten auf König Georg und Kaiser Wilhelm sprach der deutsche Botschafter über die deutsche Seemannsmission. In Erwiderung auf eine Rede des Lord Durham, der die Gesundheit des Fürsten ausbrachte, sagte dieser: Es ist stets mein Bestreben gewesen, gleich meinen Vorgängern den freundschaftlichen Geist zu pflegen, der es unseren beiden mächtigen Nationen ermöglicht hat, auf Jahrhunderte des Friedens und freundschaftlichen Strebens zurückzuführen und ich habe das sichere Gefühl, daß diese guten Beziehungen durch ein vollständigeres gegenseitiges Verstehen und durch eine immer fortschreitende Erkenntnis der Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung erhalten bleiben werden.

Verzögerung der Antwort des Dreibundes auf die Note Grey. London, 13. Januar. Das „Neuerliche Bureau“ erfährt, daß bei der Prüfung durch die Botschafter der Dreibundmächte ein neuer Punkt in dem Entwurf der Antwort auf die britischen Vorschläge als der Änderung bedürftig festgestellt wurde. Die Frage ist nicht bedeutend, doch wurde es notwendig, daß bei den drei Hauptstädten telegraphisch Auskunft eingeholt wurde. Die Antwort wird daher heute noch nicht überreicht.

Rußland.

Anwachsen der revolutionären Bewegung in Polen. Warschau, 13. Januar. Ein starkes Anwachsen der revolutionären Propaganda besonders in den Grenzgebieten Russisch-Polens ist nach Feststellung der „Dzhrana“ zu verzeichnen. In großen Mengen werden revolutionäre Flugblätter und Zeitungen aus dem Ausland eingeschmuggelt und unter den Arbeitern des polnischen Industriezweigs verbreitet. In Warschau haben Massenverhaftungen stattgefunden, bei denen von der Polizei ganze Stöße revolutionärer Schriften gefunden wurden.

Einberufung des finnischen Landtags. Petersburg, 13. Januar. Der finnische Landtag ist auf den 2. Februar einberufen worden.

Rumänien.

Demission des Kabinetts Majorescu. Bukarest, 13. Januar. Ministerpräsident Majorescu hat heute abend dem König die Demission des Kabinetts überreicht.

Albanien.

Vorsichtsmaßregeln in Italien. Rom, 13. Januar. Die „Tribuna“ schreibt: Einseitlich der albanesischen Frage herrscht in diplomatischen Kreisen Optimismus. Man nimmt an, daß sie sich von selbst ohne Interventionen regeln wird. Um jeder Eventualität entgegenzutreten zu können, erhielt das Kriegsschiff „Francesco Ferruccio“, das in Augusta liegt, den Befehl, sich nach Brindisi zu begeben, wo bis bereits mehrere Torpedobootszerstörer aufhalten, zwei kleine Kriegsschiffe, das Kanonenboot „Bride“ und die Nacht „Mifurata“ befinden sich bereits an der albanesischen Küste.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Das neue Wiesbadener Müllverwertungsprojekt vor der hessischen Kammer.

Wie uns aus Darmstadt telegraphiert wird, beschäftigt sich die hessische Kammer in ihrer heutigen Sitzung mit dem bekannten Antrag des Abgeordneten Dr. Schmidt und Genossen wegen der Schaffung einer Müllablagungsstelle der Stadt Wiesbaden auf dem Heidesheimer Domaniengelände bei Mainz. Finanzminister Dr. Braun erklärte, die hessische Oberförstbehörde habe mit dem Magistrat der Residenzstadt Wiesbaden wegen Verpachtung des etwa 80 Morgen großen Geländes verhandelt. Nach der Ansicht der Oberförstbehörde und der Regierungsabteilung für Gesundheitspflege sind die von Mainz geltend gemachten ästhetischen und hygienischen Bedenken unbeeinträchtigt. Die Verpachtung des Geländes an Wiesbaden ist nur unter der Voraussetzung der Uninteressiertheit der Stadt Mainz in Aussicht genommen worden; auch soll sie nur dann erfolgen, wenn sich die Stadt Mainz selbst überzeugt hat, daß ihr aus der Verpachtung keine Nachteile entstehen. Das Gelände ist 5 Meter tief von der Militärbehörde ausgeschachtet und unbebaubar. Die Ausfüllung kann ihm nur zum Nutzen gereichen. Für land- und forstwirtschaftliche Zwecke ist es gegenwärtig unbrauchbar. Das Gelände liegt so weit abseits, daß man es von der Bahn aus nicht sieht; sobald die Wälleinschüttung das Niveau des Nachbarlandes erreicht, wird das Grundstück mit einem Bretterzaun umgeben. Später läßt sich dort leicht ein Ausflugsort schaffen, was auch andere Städte in ähnlichen Fällen getan haben. Es soll nur im Einverständnis mit Mainz gehandelt werden. Die Forderung, für alle Zukunft festzulegen, daß der Platz nicht für Ablagerungen verpachtet werden soll, müsse die Regierung ablehnen, erklärte der Minister. Die Anträge Schmidt und Genossen soll später besprochen werden. Die Abgeordneten Dr. Brauer und Dr. Weber (Wauernbund) beantragten zum Schluß, die Regierung möge noch einmal mit Mainz wegen der Übernahme des Geländes verhandeln.

Das Kaiser-Wilhelm-Heim der „Deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime“ am Chauffeehaus bei Wiesbaden wurde bis 1. Dezember 1913 von 1518 Personen besucht mit 18564 Verpflegungstagen, das Ernst-Ludwig-Heim in Bad Salzhausen von 630 Personen mit 8667 Verpflegungstagen. Von den Gästen waren 60 Prozent männlichen, 40 Prozent weiblichen Geschlechts.

Die Wiesbadener Handelsgärtner kommen am Donnerstag, den 15. d. M., abends 9 Uhr, in der „Warburg“ zusammen, um Reserte des Herrn F. Wittmann von hier über die Frage „Warum brauchen wir Gärtner Schutzzölle auf Gemüse?“ und des Herrn E. Schwelb aus Schierstein über „Die Produktion der Gemüsegärtnerei im Regierungsbezirk Wiesbaden und deren Hebung“ entgegenzunehmen.

Verzugsjubiläum. Heute sind 25 Jahre verflossen, seitdem Herr Frh. Giegerich als Buchhalter bei dem „Vorschußverein zu Wiesbaden, G. m. b. H.“ eingetreten ist. Vorstand und Aufsichtsrat haben im Namen des Vereins dem Jubilar in Anerkennung seiner Verdienste und zur Erinnerung an den Tag eine Ehrengabe, die Beamten ein Blumenarrangement überreicht.

Verhafteter Schwindler. Der etwa 45 Jahre alte Reisende Konrad Sunkel aus Wiesbaden wurde in Würzburg verhaftet. Sunkel, der in Wiesbaden seinen Wohnort hatte, wurde seit längerer Zeit von den süddeutschen Polizeibehörden gesucht, weil er in über 50 Fällen in Würzburg und Konditoreien in Süddeutschland Betrugsereien verübt hatte. Er verkaufte Körbe und andere Gegenstände und bemerkte stets beim Abschluß des Geschäfts, daß bei Vorausbezahlung das Porto erlassen würde. In den meisten Fällen wurde dann die Vorausbezahlung geleistet; die Lieferung selbst wurde niemals ausgeführt.

Rabdiebstahl. Am Samstag ließ ein hiesiger Hausbesitzer in der oberen Kaiserstraße zu Viebrich sein Fahrrad vor einer Haustür stehen. Während er in dem Hause eine Bestellung machte, wurde das Rad gestohlen. Es befand sich an demselben ein Schild mit der Firma „Frank u. Rarr“.

Meine Notizen. Kassauische Landesbank und Kassauische Sparkasse erinnern an die Zahlung der am 31. Dezember vorigen Jahres fällig gewordenen Zinsen und Annuitäten, da in aller Eile mit der Beitragszahlung begonnen wird. — Das seit 1879 bestehende, bekannte Wäsche- und Ausstattungs-geschäft von August Hermann hat sein Geschäftselok nach Lammstraße 23, Ecke Komertor, verlegt. Die neuen Geschäftsräume werden einen durchweg modernen Eindruck befördern die reichen Erlebensstellungen erregen Aufmerksamkeit.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Königliche Schauspiele. Für morgen ist eine Wiederholung der „Niedermosen“ festgesetzt, in welcher diesmal die „Belle“ von Frau Hans-Joessel, der „Delafsch“ von Frau Doppelbauer und der „Eisenstein“ von Herrn Richterlein aufgeführt wird (Abonnement B).

Aurhaus. Die Solistin des S. Kurhaus-Opus-Kongertes Dermine Pofetti von der Münchener Hofoper wird am Freitag die Arie aus „Il Caroso indiscreto“ von Mozart sowie drei Lieder mit Klavierbegleitung von Hugo Wolf singen, während Musikdirektor Karl Schürdt zwei Novitäten zur Aufführung bringt, und zwar: Ballet-Suite von Max Meyer und Festliches Bräutigam für großes Orchester und Orzel von Richard Strauß.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Aus dem Viebricher Stadtparlament.

Viebrich, 13. Januar. In der heutigen ersten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung im neuen Jahre begrüßte der Vorsitzende Professor Dr. Wed die Versammlung, indem er den Beratungen auch im neuen Jahre erspriechlichen Erfolg zum Besten der Stadt wünschte. Der Vorsitzende führte dann die neuen Mitglieder der Versammlung, die Stadtverordneten Dries, Sauter und Storch, ein, indem er sie nach kurzer Begrüßungsansprache durch Hand-schlag verpflichtete. In der anschließenden Wahl des Vorsitzenden, seines Stellvertreters und des Schriftführers der Versammlung wurden die Herren Professor Dr. Wed als Vorsitzender, Dr. W. F. Kasse als Stellvertreter und Domaniell-Kellermeyer Wotmann als Schriftführer wiedergewählt. Hierauf erfolgte die Neuwahl der Mitglieder zu den verschiedenen Kommissionen, welche durch die Wiederwahl des seitherigen Vizepräsidenten ihre Ergänzung fanden. Zur vorliegenden Jahresrechnung erteilte Herr Stadtverordneter Krust das Referat der Prüfungskommission. Der Referent beantragte nach verschiedenen Erinnerungen die Er-

teilung der Entlastung, die dann auch gegeben wurde. Zur Dedung der durch die Jahrhundertfeier der Kaiserkrönung bei Leipzig am 18. Oktober 1913 entstandenen Unkosten, die zum Teil von den veranstaltenden Vereinen getragen wurden, war die Stadt um Übernahme eines Kostenbeitrags von 375 M. gebeten worden. Die Versammlung sprach sich für diese Bewilligung aus. Der Herr Kultusminister hat die Gewährung eines Staatszuschusses für das hiesige Lyzeum unter der Bedingung ausnahmsweise, abweichend von den sonstigen Vorschriften, in Aussicht gestellt, wenn folgende Schulgebäude eingeführt werden: Für die Unterstufe 90 M., Mittelstufe 120 M. und Oberstufe 140 M. Diese Forderung schließt die Erhöhung der seitherigen Sätze lediglich in der Unterstufe, die seither nur 80 M. betragen, um 10 M. in sich. Die Versammlung schloß sich dem Beschluß des Magistrats auf Annahme dieser Bedingungen an, so daß damit der Stadt der Staatszuschuß gesichert erscheint. Die Regelung der Besoldungsverhältnisse der städtischen Bureaugehilfen hat nach eingehender Beratung in den zuständigen Kommissionen zur Ausarbeitung einer neuen Besoldungsordnung geführt. Hiernach sind diese städtischen Angehörigen in zwei Klassen (Bureaugehilfen 1. und 2. Klasse) eingeteilt worden, für welche folgende Gehaltsätze festgelegt werden: in der 2. Klasse von 720 bis 1200 M., in der 1. Klasse von 900 bis 1800 M. Die Ordnung wurde nach kurzer Aussprache angenommen. Die Vorlage über die Einteilung der Gehaltsbeamten des Polizeidienstes läßt wieder eine kleinere Auflage der vorjährigen Polizeibeamten aus. Nach Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters ist die Stelle des Kriminalpolizeiergeanten durch einen für diesen Dienst vorgebildeten auswärtigen Beamten neu zu besetzen. Aus der Versammlung wurde allerdings das Bestreben darüber ausgesprochen, daß angeblich aus den hiesigen Polizeibeamten kein geeigneter Ersatz für die Stelle des Kriminalbeamten genommen werden konnte. Der angeregten Einziehung der dritten Schulstufe (2) glaubte nach den Ausführungen des Stadtoberhauptes der Magistrat wegen des Widerspruches aus den Kreisen der Landwirte nicht zustimmen zu können. Die verschiedenen Kritiken aus der Mitte der Versammlung an der Organisation der Steuererhebung haben nach eingehender Beratung zu dem Antrag geführt, die Steuerhebestelle 2 aufzuheben und hierdurch die Steuererhebung zu vereinfachen. Dadurch wird allerdings die Einziehung der Kirchensteuern wieder den Kirchengemeinden überlassen werden müssen. Die Einparung einer Beamtenstelle will der Magistrat nun durch die Schaffung einer Revisionsstelle für Kassenangelegenheiten wieder nutzbringend verwenden, die zunächst auf 2 Jahre versuchsweise eingeführt werden soll. In der Debatte gingen die Meinungen über diesen Gegenstand sehr auseinander, trotzdem wurde schließlich einstimmig die Aufhebung der Hebestelle 2 beschlossen. Die Neuwahl der Waisenpflegerinnen im 3. und 7. Bezirk ergab die Wahl von Frau E. Korb und Frau Behrer Roth, zum Waisenrat-Stellvertreter wurde im 11. Bezirk Herr Stadterordneter Storch gewählt. Die Versammlung nahm darauf den Bericht über die Jahresrechnung der Städtischen Sparkasse für das Rechnungsjahr 1913 entgegen und erteilte die erbetene Entlastung, nachdem Herr Direktor Sommer den Bericht noch in verschiedenen Punkten erläutert hatte. Unter Mitteilungen konnte Herr Professor Dr. Wed berichten, daß dem Krankenhaus von verschiedenen hiesigen Fabrikanten der Betrag von 1200 M. geschenkt wurde, ebenso testamentarisch von Frau Luise Stricker 100 M. Herr Oberbürgermeister Vogt teilte noch mit, daß ihm eine Schenkung von 500 M. für die Armen übergeben worden sei.

Sonnenberg, 14. Januar. Die Abendunterhaltung des „Evangelischen Kirchengesangsvereins“ mit Theater findet am Sonntag, den 18. Januar, abends 7 Uhr, in Rambach im „Saalbau Weller“ statt. Der Reinertrag ist zum Besten der Kleinkinderschule in Rambach.

H. Wicker, 13. Januar. Defon Schaller aus Kirdorf-Homburg wurde an Stelle des verstorbenen Defons Orsk nach hier berufen und tritt sein Amt bereits am 1. Febr. an.

Gerichtssaal.

Giftmordprozeß Hopf.

(Zweiter Verhandlungstag.)

(Fortsetzung und Schluß aus der Morgen-Ausgabe.)

S. u. H. Frankfurt a. M., 13. Januar.

Landrichter Nühl, der die ersten richterlichen Vernehmungen des Angeklagten vorgenommen hat, bezeugt, daß der Angeklagte das vor dem Kriminalinspektor Salomon abgegebene Geständnis in vollem Umfang aufrecht erhalten habe. Als dem Angeklagten mitgeteilt wurde, daß in der Leiche des Kindes Elsa Arsen gefunden wurde, sagte der Angeklagte: „Da muß jemand, der wir nicht wohl wollte, dem Kind Arsen beigebracht haben. Auch bei diesem Zeugen erkundigte sich der Angeklagte nach der Höhe der Strafe und nach dem Verfahren der Begrabung. Er fragte insbesondere, ob der Mordversuch auch auf Todesstrafe erkannt werden könne. — Landgerichtsrat Göhring, der die Exhumierung der Leichen der Eltern des Angeklagten, der ersten Frau und des unehelichen Kindes des Angeklagten geleitet hat, antwortet auf die Frage des Staatsanwalts, was für verdächtige Angaben der Angeklagte gemacht habe, als er hörte, daß in den Leichen Arsen festgestellt worden sei: Er sagte zuerst, er habe seiner Mutter Arsen empfohlen, da das für den Stoffwechsel gut sei. Dann sagte er, seinen beiden Kindern, dem ehelichen wie dem unehelichen, habe er Arseninjektionen gemacht, um die Vermehrung aufzuhalten. — Vorsitzender: Haben Sie den Angeklagten nicht auf die Widersprüche hingewiesen? — Zeuge: Selbstverständlich. — Vorsitzender: Was sagte der Angeklagte dann? — Zeuge: Er machte stets neue Angaben und sagte, er hätte die Wahrheit sagen wollen, hätte aber nicht gewagt, ob er sie sagen solle.

Es wird dann wiederum eine Zeilung die Öffentlichkeitsausgeschloffen. Dann tritt die Mittagspause ein. In der Nachmittags-sitzung wird die Stiefmutter der ersten Frau des Angeklagten, Frau Laura Senel vernommen. Sie bezeugt, ihre Tochter hätte stets eine robuste Gesundheit gehabt, sie sei nie krankheitsanfällig gewesen. Bei der Heirat war sie 25 Jahre alt gewesen. Ihre Tochter habe über das Verhältnis in der Ehe ihr gegenüber erklärt, daß es gut sei. Im Oktober 1902 sei ihre Tochter Frank geworden. Ihr Aussehen sei aber gar nicht krank gewesen, sondern im Gegenteil blühend. Sie hatte längere Augen. Zeugin dachte, ihre Tochter hätte Fieber. Doch war das nicht der Fall. Der Angeklagte hat ihre Tochter gepflegt und die Nächte bei ihr gewacht. Ihre Tochter habe ihren

Mann stets wegen der aufopfernden Pflege gelobt. Ins Krankenhaus wollte ihr Mann sie nicht geben, er sagte, so herzlos sei er nicht, er gäbe seine Frau nicht heraus. Arzneien habe Hopf stets in einem Vorkriegsglas seiner Frau ans Bett gebracht. Sie habe das nicht weiter beachtet, da sie gar keinen Verdacht gehabt hätte. Ihre Tochter ist vom Oktober bis zu ihrem Tode ununterbrochen krank gewesen. Zeugin ist bei dem Tod ihrer Tochter dabeigewesen. Eine Verfärbung der Leiche hat sie nicht wahrgenommen. Daß ihre Tochter Arsen als Schönheitsmittel genommen hätte, sei eine Lüge.

Nach einigen Zeuginnen aus Niederhöchstadt, die nichts Wesentliches befanden, sagte als Zeuge und Sachverständiger praktischer Arzt Dr. Mehler aus, er hätte die erste Frau des Angeklagten einmal an einem Magen- oder Darmleiden, das ganz geringfügig war, behandelt. Als Vertrauensarzt der Versicherungsgesellschaft hat er die Eheleute untersucht und nach ganz eingehender Untersuchung beide für völlig gesund erklärt. Er sei daher ganz konsterniert gewesen, als er 8 Wochen später hörte, daß Frau Hopf gestorben sei. — Der Zeuge und Sachverständiger praktischer Arzt Dr. Portmann befundet, daß er von Kleinschmalbach aus die erste Frau des Angeklagten behandelt habe. Sie erzählte ihm, daß ihr Mann sehr kreisförmig sei, sie hätte aber einen guten Einfluß auf ihn ausgeübt. Seine Frau kannte sich in dem Laboratorium gut aus und assistierte ihm fleißig. Hopf erschien ihm

als ein Kurpfuscher unter den Tierärzten.

Am 9. Oktober 1909 sei er zur Frau Hopf gerufen worden, die ihm erzählte, sie hätte bei einer Hochzeit Hummermannnaisse gegessen und habe sich daran den Magen verdorben. Sie hätte Erbrechen und Durchfall gehabt. Da er die Krankheit nicht genau diagnostizieren konnte, habe er noch den Sanitätsrat Spielhagen zugezogen. Man habe schließlich einen hochföhlenden Darmkatarth angenommen und eine Magenaußspülung vorgenommen. Die Frau verlor bald darauf die Besinnung, aus der sie nicht mehr erwachte. Die Obduktion der Leiche sei im Sarg vorgenommen worden, sie sei nicht besonders genau gewesen, da das Licht sehr schlecht war. Man habe ein aufgetriebenes Geschwür am Zwölffingerdarm als Todesursache festgestellt. Es sei wohl möglich, so sagt Zeuge auf eine Frage des Verteidigers M. Dr. Singheim er, daß die Frau auf natürliche Weise gestorben sei. Die gleiche Möglichkeit bestiehe aber auch, daß der Tod infolge Vergiftung erfolgt sei. — Zeuge Spengler bekundet, er habe die erste Frau gekannt. Als er sie das erste Mal sah, habe sie einen guten Eindruck gemacht. Später schien sie dem Zeugen bedrückt. Es sei ihm da „momentan etwas durch das Innere gefahren“, als er die bedrückte Frau sah. Zeuge hatte nämlich auch eine kranke Frau, die im Irrenhaus war, und der Angeklagte habe ihn einmal gefragt,

er könne ihm, wenn er es gebrauche, ein Gift geben, das im Körper nicht gefunden werden könne.

Ob er das in bezug auf die Frau des Zeugen gesagt, kann er nicht sagen. — Der Angeklagte gibt die Möglichkeit einer solchen Äußerung zu, doch hat er sie nicht in dem hier untergeschobenen Sinne gebraucht. — Zum Schluß werden die Eltern der zweiten Frau des Angeklagten, die Eheleute Schneider, vernommen. Der Vater sagt aus, er sei stets gegen die Ehe gewesen. Als er seiner Tochter riet, die Verbindung aufzugeben, drohte Hopf, er würde dann etwas tun, wovon nicht nur die Umgebung, sondern ganz Frankfurt sprechen würde. Dem Zeugen ist es gleich verdächtig vorgekommen, daß Hopf zu seinen Gunsten das Leben seiner um 20 Jahre jüngeren Frau versichert. Kurz nach dem Versicherungsschluß sei die Frau erkrankt. Das Kind Elsa wurde im Februar 1909 geboren und erreichte nur ein Alter von 6 Wochen. Als es erkrankte, sagte Hopf gleich, das läme nicht dazu und müsse sterben. Der Zeuge sagte dem Angeklagten nun ins Gesicht,

er hätte seiner Frau Gift beigebracht.

In Niederhöchstadt wären solche Gerüchte auch im Umlauf. Hopf sei da sehr erregt geworden und habe gesagt, man solle ihm Namen nennen, er werde dann alle verklagen. Der Zeuge hat nach einigen Tagen seine Tochter endgültig zu sich genommen, wo sie sich auch wieder erholt habe. Sie hatte, als sie zu ihm kam, Fieber und stiere Augen; die Zunge war dick aufgelaufen und aus dem Mund sei eine schwarze Flüssigkeit geflossen. Zeuge erstattete nun auch eine Anzeige gegen den Angeklagten wegen Giftmordversuchs bei der Oberstaatsanwaltschaft Frankfurt a. M., welche die Sache an die Wiesbadener Staatsanwaltschaft abgab. Diese habe das Verfahren aber eingestellt. Der Zeuge spricht seine Ansicht dahin aus,

die Staatsanwaltschaft Wiesbaden habe die Sache nicht eifrig genug verfolgt,

denn es sei nicht einmal eine Haussuchung vorgenommen worden. — Der Staatsanwalt nimmt die angegriffene Behörde in Schutz und auch der Vorsitzende erklärt, daß man ja, da die Frau damals noch lebte, ihre Knochen nicht auf Arsengehalt untersuchen konnte. — Zeugin Frau Schneider läßt sich nach des längeren über den Tod des Kindes Elsa aus. Das Kind habe sehr gemurmelt. Abends sei Hopf nach Hause gekommen und Frau Hopf habe ihren Mann gefragt, ob er dem Kind keine Linderung verschaffen könne. Er habe darauf in die Milch des Kindes aus einer kleinen Flasche eine hellgelbe Flüssigkeit gegeben. In der Nacht sei das Kind dann gestorben. Hopf habe sich bei dem Tod des Kindes sehr verzweifelt geberdet und so getan, als ob ihm der Verlust sehr naheginge. Hopf hat

die Leiche des Kindes photographieren.

Von Arsen einspritzungen in die Leiche weiß die Zeugin nichts. Der Angeklagte erklärt, er habe seiner Frau von den Einspritzungen Mitteilung gemacht. — Der Vorsitzende hebt hervor, daß es außerordentlich komisch annimt, daß Hopf seiner jetzt verstorbenen Frau von den Einspritzungen erzählt, von den angeblichen Arsen einspritzungen bei dem unehelichen Kinde Richter der noch lebenden Mutter indes nichts mitteilt habe.

Darauf wird die Verhandlung auf morgen (Mittwoch) vertagt.

wb. Frankfurt a. M., 14. Januar. Der dritte Tag des Prozesses findet den Angeklagten Hopf noch immer in derselben ruhig-vorsichtigen Haltung gegenüber allen Belundungen der Zeugen und den Zwischenfragen des Vorsitzenden. Die ganze Zeit über stehend, die rechte Hand auf die Brustung des Angeklagten ruhend und mit dem Gesicht dem Vorsitzenden zugewendet, so daß die Zuschauer seine Gesichtszüge nicht sehen können, scheint Hopf keine Ermüdung zu kennen. — Die Zeugenvernehmung dürfte heute zu Ende geführt wer-

den, da am Dienstag bereits 21 Zeugen, fast die Hälfte, ausgefragt haben. Dann kommt aber noch die lange Reihe der Sachverständigen, fast 20, zu Wort, so daß das Urteil kaum vor Samstag gesprochen werden dürfte. — Heute werden zuerst die Zeugen vernommen, die zu der Erkrankung der zweiten Frau des Angeklagten auszufragen haben. Am belastendsten sind die Aussagen der Markfrau, die damals bei Hopf bedienstet war. Sie will gesehen haben, wie Hopf wiederholt etwas in die Medizin gemischt habe.

wb. Leipzig, 13. Januar. Wegen Beihilfe zur versuchten Abtreibung war vom Landgericht Frankfurt a. M. Karl Hopf zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Seine Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

wb. Beleidigungen im Interesse der Jugendpflege. Ein Konstre-Kroch spielte sich heute vor dem Schöffengericht in Wiesbaden ab. Es handelte sich dabei um schwere Beleidigungen, deren sich der frühere Leiter der Jugendvereinigung an unserer Fortbildungsschule Oberrealschullehrer Mauser in einem Briefe gegenüber seinem Nachfolger dem Gewerbelehrer Göbker schuldig gemacht hat. M. hat sich darüber entäußert, daß G. das Amt nicht derart verwaltete, wie es der Charakter der Jugendvereinigung erfordere, daß in diesen unter seiner Leitung kaum glaubliche Mißstände eingetreten seien, daß G. den jungen Leuten eine ganz unwürdige Behandlung zuteil werden lasse, und daß er sich nicht immer ganz einwandlos freier Mittel bedient habe, um die jungen Leute an sich zu ziehen. Auf Grund verschiedener vorhergegangener Schreiben richtete M. unterm 27. Januar v. J. einen Brief an G., worin er seinem gepreßten Dergen in ausgiebiger Weise Luft machte. Er ließ darin am Adressaten sein gutes Haar, nannte ihn Kriecher, Streber usw., alles in der ausgesprochenen Absicht, ihn zur Klage zu zwingen und dem Briefschreiber dadurch die sonst nicht gebotene Gelegenheit zu geben, vor der Öffentlichkeit, im Interesse der Jugendpflege, den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen. Vor dem Schöffengericht versuchte der Beklagte in einer fast zweistündigen Rede, sein Vorgehen zu rechtfertigen. Er brachte dann eine Reihe weiterer schwerer Anschuldigungen gegen den Privatkläger vor. Das Gericht kam daher zu dem Beschluß der Vertagung der Verhandlung, um dem Kläger die erwünschte Gelegenheit zu bieten, sich auf die Vorwürfe zu rechtfertigen, und dem Beklagten, seine neuen Behauptungen binnen 4 Wochen schriftlich einzureichen, resp. für dieselben Zeugenbeweis zu erbringen. Als Zeugen waren zu dem ersten Verhandlungstermin geladen: Bürgermeister Trögers, die Stadträte Konrad Burandt und Meier, Pfarrer Diehl, Direktor Jitelmann, Gewerbeinspektoren Kern, Gewerbevereinssekretär Ehrhardt sowie eine Anzahl von Lehrern und Schülern der Gewerbeschule.

* Wegen Beleidigung eines Obersten verurteilt. Baunern, 13. Januar. Wegen öffentlicher Beleidigung des Obersten Hoch, Kommandeurs des 4. Infanterie-Regiments 103 in Baunern, verurteilte die erste Strafkammer Baunern den Eisenbahnarbeiter August Richard Lange aus Baunern zu fünf Monaten Gefängnis. Der Angeklagte, der übrigens Militärvereinsmitglied ist, hatte am 27. November v. J. nach einer durchschneitenden Nacht dem Obersten im Wartesaal zu Baunern Ohrfeigen angeboten, als dieser einen im Kreise der Passanten zehenden, nicht beurlaubten Vizefeldwebel fragte, ob er beurlaubt sei.

wb. Die Breslauer Sittlichkeitsaffäre. Breslau, 13. Januar. Die Zimmervermieterin Gellin und die Schneiderfrau Antraß wurden im Zusammenhang mit einer Unsitlichkeitsaffäre wegen Kuppelei zu 6, bezw. 7 Monaten Gefängnis und in derselben Angelegenheit ein gewisser Burckhardt wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Unwetter und seine Folgen.

Die Lage im Rheingebiet.

m. Bingen, 13. Januar. Das Wasser im Rhein ist hier zwar langsam, aber sicher in die Höhe gegangen. Durch den anhaltenden strengen Frost wird das Steigen des Wassers verlangsamt. Am Oberrhein ist das Wasser oberhalb Mainz seit heute früh im Fallen begriffen, während es bei Mainz und bei Mannheim immer noch steigt. — Vom Main wird viel Treibeis in den Rhein geführt, das zum Teil auch hier noch sichtbar ist. Main und Neckar sowie Mosel und Saar sind im Fallen begriffen. Der Mittel- und Niederrhein dagegen steigen immer noch. — Durch den starken Frost der letzten Tage ist die Nahe zum großen Teil zugefroren. Nur in der Mitte ist eine schmale Rinne nicht von Eis bedeckt. In dieser Rinne fährt die Nahe große Mengen Treibeis mit.

Die Sturmflut an der Ostseeküste.

Der Schaden.

wb. Köslin, 13. Januar. Die Sturmflut an der Ostsee am 9. Januar richtete an den Küsten des Regierungsbezirks, wie die amtlichen Feststellungen ergeben haben, nicht so gewaltige Schäden an, wie nach den ersten Nachrichten allseitig befürchtet wurde. Es ist festgestellt, daß nirgends der Verlust eines Menschenlebens zu beklagen ist, Verluste an Vieh sind fast nirgends zu verzeichnen. Viele Bauwerke wurden infolge des Eindringens des Wassers beschädigt. Zahlreich sind die Beschädigungen an den Futtervorräten und Lebensmitteln, namentlich an den Kartoffeln in den Kellern und Wägen. Wohl am meisten litt der Schiffsverkehr des Küstenlandes. Auf weiten Strecken sind Abbrüche von 10 bis 20 Meter Breite zu verzeichnen. Es kostete viel Arbeit, Zeit und Geld, um den Schaden wieder gut zu machen. Schwere Beschädigungen haben die Häfen Mügenwalde und Stolpmünde erlitten. Von den kommunalen Einrichtungen am Strande wurden insbesondere die Strandpromenaden und Badeanstalten in Kolberg und Stolpmünde betroffen. Nach Zeitungsberichten soll Danzertort am meisten gelitten haben und überflutet sein. Es stellte sich aber heraus, daß die starke Düne vor dem Ort fast unversehrt ist. Nur das durch den Sturm aufgestaute Wasser des Bulower Sees ist in einige Häuser eingedrungen und hat dort unerheblichen Schaden an den Kellerwänden angerichtet.

Besserung der Lage.

wb. Köslin, 13. Januar. Aus den Stranddörfern liegen infolge des stärkeren Frostes gute Nachrichten vor. Der Wind ist günstiger und ist nach Südwest umgeschlagen. Die Festigkeit der Eisdicke des Bulower Sees gestaltet wahrscheinlich, der Einwohnerhaft von Danzertort heute Nahrungsmitel, Feuerung und Viehfutter herüber zu bringen.

Abgeordnetenhaus.

Zweiter Tag der Etatslesung.

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der zweite Tag der Etatslesung wurde begonnen mit einer Rede des konservativen Abgeordneten Frhrn. v. Jellisch. Dieser begrüßte die getrigte Erklärung des Ministerpräsidenten in der Welfenfrage und teilte die Bedenken des Abgeordneten Windler gegen die Reichsvermögenssteuer, die der erste Schritt zu dem sozialdemokratischen Steuerprogramm sei. Der Redner verlangte Schutz der Arbeitswilligen und trat der Regierung in der Frage der Wahlreform bei. Bei dem letzten Wahlkampf habe es sich gezeigt, daß ein dringendes Verlangen in der Bevölkerung, Haß über Kopf das Wahlrecht zu reformieren, nicht vorhanden sei. Die Behauptung von dem uneingelassenen Königswort in der Thronrede von 1908 sei ein leeres Schlagwort. Nicht der König, sondern der Minister trage die Verantwortlichkeit hierfür. Die Sozialdemokraten gingen darauf aus, die Macht des Reichstags auf die kaiserliche Kommandogewalt auszuweiten. Die alte Kabinettsorder von 1820 sei in Elsaß-Lothringen zur Anwendung gekommen, weil die dortige Verwaltung verfaßt hätte.

Öffentlich reformiert der Reichsfinanzminister in Elsaß-Lothringen die Beamtenhaft an Haupt und Gliedern.

Dann ergriff das Wort der

Finanzminister Dr. Lenz,

der zunächst erklärte, daß die Frist für die Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag bis 31. Januar verlängert werden solle. Eine Verlängerung darüber hinaus könne nur erfolgen, wenn in einzelnen Fällen nachgewiesen werde, daß eine solche absolut notwendig wäre. Die Steuerzuschläge könnten vor der Hand nicht entbehrt werden. Mit einer stärkeren Heranziehung der Eisenbahneinnahmen könne man nicht rechnen. Das System des Ausgleichsfonds habe sich im großen und ganzen bewährt.

Sandessminister Dr. Sydow ging dann ausführlich auf die gestrige Frage nach dem Stande der Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem rheinisch-westfälischen Kohlenbund ein. Die Verhandlungen seien nicht abgebrochen. Die Vertreter des Privatbergbaues arbeiteten weiter an der Förderung dieser Angelegenheit. Es sei Grund vorhanden, anzunehmen, daß die Verprechungen zwischen Syndikat und Fiskus über einen etwaigen Beitritt des letzteren in der nächsten Zeit in Gang komme. Die Regierung sei zu einem Entgegenkommen bereit.

Abgeordneter Dr. Wiemer von der fortschrittlichen Volkspartei führte aus, in der Welfenfrage billige seine Partei den Standpunkt des Ministerpräsidenten, freilich nicht in der Wahlrechtsfrage. Warum diese Scheu, sofort dem neugewählten Haus diese Vorlage vorzulegen? Wollte der Ministerpräsident den Frieden des Hauses nicht stören? Die Konservativen scheinen Absichten auf einen Kampf mit dem Ministerpräsidenten zu haben. (Lachen rechts.) Die geringe Wahlbeteiligung ist eine Verurteilung des bestehenden Wahlrechts. Seit Jahrzehnten wählen wir uns nun mit dieser Reform. Herr v. Jellisch sollte mit seinen Angriffen auf das Reichstagswahlrecht etwas vorsichtiger sein, auch im Interesse seiner eigenen Partei. Die Autorität der Krone wird durch diese Verschleppung der Reform nicht gefördert.

Wir verlangen wenigstens eine geheime und eine direkte Wahl. Damit wirken wir nicht gegen Preußen, sondern für Preußen und für die Zukunft.

(Sehr gut links.) Wir wollen die Vormachtstellung Preußens im Reiche erhalten. Wir verwahren uns aber gegen den Verwurf, Preußen demolieren zu wollen. Preußen darf aber nicht das Dorado rückständiger Staatsauffassungen sein. Nehbt bildet der preussische Partikularismus eine Gefahr für den Reichsgedanken. Wir haben keinen Grund, die jetzigen Zustände zu verteidigen. Aber mit der Reichsfinanzgesetzgebung verteidigen wir unsere Politik. Die Hinausschiebung der Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag, die wir begrüßen, muß mit der Erklärung zur Einkommensteuer verbunden werden. (Der Finanzminister nickt zustimmend.) Es darf aber nicht endgültig die direkte Besteuerung im Reiche damit beendet sein. Gegen die von der Regierung betriebene Plusmacherlei wenden wir uns ganz energisch. Ein allzu reichlicher Ausgleichsfonds hat bedenkliche politische Grenzen. Die Steuerzuschläge müssen abgeschafft oder doch mindestens abgebaut werden.

Das verlangen wir mit allem Nachdruck.

Letzte Drahtberichte.

Eine Erklärung des Reichstagspräsidenten Kaempf gegen die junkerliche Annäherung im Herrenhause.

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Zu der heutigen Reichstags Sitzung gab vor Eintritt in die Tagesordnung Präsident Dr. Kaempf unter stürmischem Beifall des ganzen Hauses folgende Erklärung ab: „Nach dem jetzt vorliegenden stenographischen Bericht hat in der Sitzung des Herrenhauses vom 10. Januar ein Mitglied des letzteren sich dahin geäußert, daß die Art, wie der Wehrbeitrag aufgenommen wurde, darauf schließen lasse, daß die nationale Gesinnung überaus im Anwachsen begriffen sei, daß aber die berufene Vertretung des deutschen Volkes jene Gesinnung, die in der Wählerchaft lebendig war, habe vermissen lassen. (Zurufe links: Unerhört!) Ich erkenne selbstverständlich den Landtagen der einzelnen Staaten das Recht zu, Kritik an dem Verhalten des Reichstags zu üben, ebenso wie der Reichstag dieses Recht gegenüber den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten für sich in Anspruch nimmt. Wenn aber dem Reichstag der Vorwurf gemacht wird, daß er die nationale Gesinnung habe vermissen lassen, so liegt hierin namentlich angeklagt der Tatsache, daß das Geseß über den Wehrbeitrag vom Reichstag mit überwältigender Majorität angenommen worden ist, eine Beleidigung dieses Hauses vor (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und auf der Linken), die ich auch von dieser Stelle aus mit aller Entschiedenheit zurückweise.“

Kursberichte vom 14. Jan. 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatt.

1 Pfd. Sterling	20.40
1 Franc, 1 Lire, 1 Peseta, 1 Lira	2.00
1 Sfr. f. L. O.	2.00
1 fl. s. Wung.	1.70
1 österr.-ungar. Krone	85
100 fl. öst. Konv.-Münze	105 fl. Wung.
1 skand. Krone	1.125

1 fl. holl.	1.70
1 alter Gold-Rubel	2.30
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	2.16
1 Peso	4.20
1 Dollar	12.20
1 fl. süddeutsche Wung.	1.50
1 Mt. Bko.	1.50

Berliner Börse.

Div.	Bank-Aktien.	In %
9/16	Berliner Handels-G.	157.
9/16	Commerz. u. Disc.-B.	108.
9/16	Darmstädter Bank	117.40
9/16	Deutsche Bank	250.
9/16	D. Eff. u. Wechselb.	113.50
9/16	Disconto-Commandit	189.25
9/16	Dresdner Bank	153.50
9/16	Meininger Hyp.-Bank	140.
9/16	Mittelb. Creditbank	118.
9/16	Nationalb. f. Deutschl.	116.90
9/16	Oesterr. Kreditanst.	102.75
9/16	Reichsb. Intern. Bk.	139.75
9/16	Potsdamer Bank	202.75
9/16	Schaaffh. Bankverein	101.60

Div.	Bahn- und Schiffahrt.	In %
9/16	Canada-Pacific	213.30
9/16	Baltimore und Ohio	91.
9/16	Deutsche E.-Betr.-G.	107.30
9/16	Hamb.-Am. Paketf.	135.10
9/16	Hansa-Dampfschiff.	274.40
9/16	Niederwaldbahn	15.75
9/16	Nordl. Lloyd	117.
9/16	Oesterr.-Ung. Staatsb.	22.
9/16	Oesterr. Südb. (Lomb.)	105.50
9/16	Orient. E.-Betr.-G.	105.50
9/16	Südd. Eisenbahn-G.	122.25
9/16	Schwarzb.-Eisenb.	127.30

Div.	Brauereien.	In %
9/16	Schultheis	200.
9/16	Leipa. Bierbr. Riebeck	168.50
9/16	Wiesbad. Kronenbr.	10.25

Div.	Bau- u. Tiefbohr-Unternehm.	In %
9/16	Beton- und Monierbau	158.
9/16	Deutsche Erdöl-Ges.	288.
9/16	Gebrüder König	203.
9/16	Neue Boden-A.-G.	91.

Div.	Bergwerks-Unternehmungen.	In %
9/16	Aumetz-Friede	160.40
9/16	Banzer Walzwerk	129.
9/16	Bochumer Gußstahl	916.80
9/16	Buderus Eisenwerk	113.
9/16	Concordia Bergbau	317.
9/16	Deutsche L.-u. St.-B.	135.50
9/16	Donnersmühl	371.25
9/16	Eisenwerk Thale	186.80
9/16	Eisenhütte	235.50
9/16	Eschew. Bergwerk	221.60
9/16	Geisweider Eisenwerk	160.
9/16	Gelsenk. Bergwerk	188.70
9/16	Harpener Bergbau	177.
9/16	Höchst-Eisen u. Stahl	327.25
9/16	Ise Bergbau	480.
9/16	Königs- u. Laurahütte	157.70
9/16	Lauchhammer	189.
9/16	Leonh.-Braunkohlen	157.
9/16	Manneberg-Brennerei	223.25
9/16	Milb. Bergwerk	105.
9/16	Oberschl. Koksw.	227.50
9/16	Phönix-Berg u. Hüt.	237.
9/16	Rhein-Nass. Bergw.	226.90

Vorl. Leist. In %

9/16	B. Hyp.-B. L. A. B.	111.
9/16	Com. u. Disc.-B.	107.
9/16	U. B.	107.
9/16	Darmstädter Bk.	117.70
9/16	Deutsche B. S. I. X.	250.
9/16	U. B.	250.25
9/16	do. Asst. B. Thal.	118.70
9/16	do. Eff. u. W. Thal.	118.50
9/16	dt. Natb. in Brem.	140.
9/16	do. Ver.-Bank	155.50
9/16	do. Ver.-Bank	120.
9/16	Discanto-Ges.	189.25
9/16	U. B.	153.25
9/16	Dresdner Bank	153.
9/16	U. B.	153.
9/16	Eisenbahnbank	157.
9/16	Eisenbahn-R.-Bk.	173.90
9/16	Frankfurter Bank	194.70
9/16	do. H.-Bk.	203.
9/16	do. Hyp. C.-V.	145.
9/16	Gothaer G.-C.-B. Thl.	166.50
9/16	Loth. Intern. Bank	156.
9/16	Mittelb. u. Met. O.	134.75
9/16	Mittelb. Kreditk.	118.25
9/16	Mittelb. Kreditk. Magd.	122.90
9/16	Natb. f. Deutschl.	117.10
9/16	Nürnb. Vereinsbk.	130.20
9/16	Oest. Ungar. Bk.	150.20
9/16	Oest. Länderb.	137.30
9/16	do. Cred.-A. B.	103.75
9/16	U. B. f. 203.75	203.75
9/16	Pfälz. Bank	122.50
9/16	Hypot.-Bank	194.70
9/16	Pr. B. C. B. Thl.	154.
9/16	Hyp.-A. B.	117.
9/16	Reichsbank	138.50
9/16	Rhein. Credit-B.	126.40
9/16	Hypot.-Bank	197.
9/16	Rh.-Westf. Disc.-G.	116.
9/16	Sch.-Westf. Bankver.	101.60
9/16	U. B.	116.
9/16	Südd. Disconto-G.	116.
9/16	Bodenkr.-B.	179.
9/16	Schwarzb. Hyp.-B.	104.50
9/16	Wiener Bank-V.	134.30
9/16	Wirtb. Bankanst.	134.90
9/16	do. Notendr.	117.40
9/16	do. Vereinsbk.	125.25
9/16	Banque Ottomane Fr.	125.

Vorl. Letzt. In %

9/16	Waggon Fuhr	139.
9/16	Napost-Pr.-O. Nob.	392.
9/16	Olfb. Ver. D.	165.30
9/16	Porzellan-Weiss	52.50
9/16	Pressl.-Spirit-Abg.	375.
9/16	Pulvert. Pl. Sr. I.	126.
9/16	Schiffb. V. Prink.	209.50
9/16	Schubf. V. Prink.	123.
9/16	V. Falds	145.
9/16	Frankt. Tiers	117.
9/16	Seindl. (Wolff)	129.50
9/16	Sieg. Eisen u. Bckh.	155.50
9/16	Ostind. Siemens	237.
9/16	Stearns-Rot.	147.50
9/16	Splint. Tric. Ins.	141.
9/16	West. Junc.	147.
9/16	D. Verlags-Anst.	167.
9/16	Zellul.-Fabr. Waldh.	224.
9/16	Zuckerfab. Frankf.	304.85

Zf. In %

9/16	Hyp.-u. W.-Bk.	97.
9/16	do. Bd.-C.-A. Wrbg.	88.80
9/16	do. S. 1, 3, 6, 20, 21	80.
9/16	do. S. 13, 15, 20, 21	86.10
9/16	do. S. 35 u. 39 u. 20/21	86.10
9/16	Berliner Hypothekbank	99.25
9/16	do. S. 1	91.
9/16	do. S. 2	91.10
9/16	do. S. 3	91.20
9/16	do. S. 4	91.30
9/16	do. S. 5	91.40
9/16	do. S. 6	91.50
9/16	do. S. 7	92.00
9/16	do. S. 8	92.10
9/16	do. S. 9	92.20
9/16	do. S. 10	92.30
9/16	do. S. 11	92.40
9/16	do. S. 12	92.50
9/16	do. S. 13	93.00
9/16	do. S. 14	93.10
9/16	do. S. 15	93.20
9/16	do. S. 16	93.30
9/16	do. S. 17	93.40
9/16	do. S. 18	93.50
9/16	do. S. 19	94.00
9/16	do. S. 20	94.10
9/16	do. S. 21	94.20
9/16	do. S. 22	94.30
9/16	do. S. 23	94.40
9/16	do. S. 24	94.50
9/16	do. S. 25	94.60
9/16	do. S. 26	94.70
9/16	do. S. 27	94.80
9/16	do. S. 28	94.90
9/16	do. S. 29	95.00
9/16	do. S. 30	95.10
9/16	do. S. 31	95.20
9/16	do. S. 32	95.30
9/16	do. S. 33	95.40
9/16	do. S. 34	95.50
9/16	do. S. 35	95.60
9/16	do. S. 36	95.70
9/16	do. S. 37	95.80
9/16	do. S. 38	95.90
9/16	do. S. 39	96.00
9/16	do. S. 40	96.10
9/16	do. S. 41	96.20
9/16	do. S. 42	96.30
9/16	do. S. 43	96.40
9/16	do. S. 44	96.50
9/16	do. S. 45	96.60
9/16	do. S. 46	96.70
9/16	do. S. 47	96.80
9/16	do. S. 48	96.90
9/16	do. S. 49	97.00
9/16	do. S. 50	97.10

Zf. In %

9/16	Rh.-Westf. S. 2, 4 u. 6	82.50
9/16	Südd. B.-C. 31/32, 34, 43	86.90
9/16	do. bis inkl. S. 37	86.90
9/16	Westf. Bod. Köln S. 7	92.50
9/16	do. S. 3 u. 4	83.
9/16	do. S. 9	87.
9/16	Wirtb. H.-B. Em. B. 92	87.20
9/16	do. S. 1	85.50
9/16	Wirtb. Kreditv. uk. 20	96.
9/16	do. S. 12	85.50
9/16	Wirtb. Vereinsb. 20	96.
9/16	do. S. 15	85.50

Diverse Obligationen.

9/16	Aschaffenb. Buntsp. Hyp.	90.80
9/16	Bank für industr. U.	90.80
9/16	Baderus Eisenwerk	98.
9/16	Cementw. Heildbg.	101.
9/16	Chem. Bad. Anil.	101.
9/16	do. Bied.-u. Silb. Braub.	95.
9/16	do. Griesheim El.	96.80
9/16	do. Farbw. Höchst	101.
9/16	do. Ind. Mannh.	98.50
9/16	do. Kalle & Co. H.	97.
9/16	do. Deutsch-Luxemb. uk. 15	96.50
9/16	do. Esb.-B. Frankf. A. M.	99.50
9/16	do. Esb.-B. Frankf. A. M.	86.
9/16	Eisenb.-Renten-Bk.	99.70
9/16	Elektr. Allg. Ges. S. VII	100.70
9/16	do. Disch. Uebersee	102.60
9/16	do. Ges. Lahnseer	94.80
9/16	do. do.	97.70
9/16	do. Rheingau uk. 17	93.
9/16	do. Schuckert v. 08	98.10
9/16	do. do.	97.70
9/16	do. Rhein. uk. 19	94.50
9/16	do. Betr. A.-G. Siemens	96.40
9/16	do. Siemens u. Halsk.	96.40
9/16	do. do.	93.50
9/16	do. Voigt u. Haack	100.
9/16	do. Frankfurter Hof Hyp.	95.50
9/16	do. Hotel Nassau, Wirtb.	98.10
9/16	do. Mannh. Lagerf.-Ges.	101.
9/16	do. Metall-Ges. Frankf.	100.50
9/16	do. Oelfabr. Verein Dtsch.	99.
9/16	do. Seilindust. Wolff Hyp.	98.50
9/16	do. Zellst. Waldhof Mannh.	97.

Frankfurter Börse.

Zf.	Staats-Papier.	In %
1.	D. R.-Schatz-Anw.	99.80
2.	D. R.-Anl. unkr. 1935	98.05
3.	D. Reichs-Anleihe	85.50
4.	Pr. Kons. unkr. 1918	98.35
5.	Pr. Schatz-Anw. 1917	98.50
6.	Pr. Kons. unkr. 1918	98.35
7.	do.	98.50
8.	do.	98.50
9.	do.	98.50
10.	do.	98.50
11.	do.	98.50
12.	do.	98.50
13.	do.	98.50
14.	do.	98.50
15.	do.	98.50
16.	do.	98.50
17.	do.	98.50
18.	do.	98.50
19.	do.	98.50
20.	do.	98.50
21.	do.	98.50
22.	do.	98.50
23.	do.	98.50
24.	do.	98.50
25.	do.	98.50
26.	do.	98.50
27.	do.	98.50
28.	do.	98.50
29.	do.	98.50
30.	do.	98.50
31.	do.	98.50
32.	do.	98.50
33.	do.	98.50
34.	do.	98.50
35.	do.	98.50
36.	do.	98.50
37.	do.	98.50
38.	do.	98.50
39.	do.	98.50
40.	do.	98.50
41.	do.	98.50
42.	do.	98.50
43.	do.	98.50
44.	do.	98.50
45.	do.	98.50
46.	do.	98.50
47.	do.	98.50
48.	do.	98.50
49.	do.	98.50
50.	do.	98.50

Vorl. Leist. In %

9/16	Alum. Neuh. (500) Fr.	282.
9/16	Aschaffb. Buntpap.	170.
9/16	do. Masch.-Pap.	123.
9/16	Bad. Zehl. Wagh. B.	211.
9/16	Basel. S. G. B.	57.
9/16	Bleichf. Fabr. Nbg.	294.
9/16	do. Bind.	184.75
9/16	do. Henninger Fr.	121.50
9/16	do. Herkules Cass.	156.
9/16	do. Hoffr. Nicol.	60.
9/16	do. Kempff	117.
9/16	do. Löwenbr. Sin.	40.
9/16	do. Mainz Br.	170.
9/16	do. Nürnberg	171.
9/16	do. Reitenmayer	111.50
9/16	do. Schöffers-B.	94.
9/16	do. Stern. Oberrad.	193.20
9/16	do. Bronzef. Schlenk.	128.
9/16	do. Cellul. Bayr. (W.)	180.
9/16	do. Cem. Heidelb.	149.25
9/16	do. F. Kairls	126.80
9/16	do. Lothr. Metz	153.
9/16	do. Cham. u. Th. W. A.	151.
9/16	do. Chem. A. C. Baum.	121.
9/16	do. Bad. A. S. S. S.	578.
9/16	do. Blei. Silb. Braub.	85.
9/16	do. D. Gold. S. Sch.	550.25
9/16	do. Fbk. Gernsh-H.	304.
9/16	do. Fabr. Grösch.	235.75
9/16	do. F. Griebel.	230.50
9/16	do. Farbw. Höchst	329.
9/16	do. Fbw. Mühlheim	627.5
9/16	do. Fabr. v. Mannh.	338.
9/16	do. Weiler-Te. Meers	212.
9/16	do.	